

Frauen / Volk / Sozialdemokratie

Von Marie Juchacz.

Steht nicht beim Nahe der Novembertage in jedem Jahre die Herbstzeit von 1918 vor uns? Was vierjährige Kriegsgreuel, vierjährige, immer frisch aufgerissene Trauer um blühendes hingemordetes Menschenleben bedeuten — wir wissen es nach. Vier Jahre hindurch verflümmelte Menschenkörper zu sehen, im Geiste die Schmerzen der Verwundeten und der Angehörigen mitzufühlen, reißt und zerrt an den Nerven, man meint das Lachen und Frohsinn nie mehr im Leben wiederbekommen zu können. Und vier Jahre Hunger, den Wucher der aus dem Sumpfboden der Zeit herauschießenden menschlichen Parasiten erdulden zu müssen, ging das nicht über die Kraft? Und dann bei Hunger und Entbehrung diese Hergabe von körperlichen Kräften! Denken die Frauen daran? Hungernde Kinder, der Haushalt ungepflegt, Ertrag der Haushaltsgegenstände, Wäsche, Kleider, Schuh unmöglich, Ansehen nach dem für die Ernährung unzureichenden geringen Quantum an Lebensmitteln. Sonntags auf das Land hinausfahren, um irgendeinen Zusatz gegen wichtige Dinge, die man selbst brauchen konnte, nur um nicht zu verhungern, einzutauschen. In Angst vor dem Gendarmen sich mit Kartoffelsäcken dahinzuschleppen, bei Tag- und Nachtarbeit (fast jeder Frauenschuh war aufgehoben) in der Kriegsindustrie arbeiten zu müssen — o grauenvolles Schicksal! Vier Jahre lang und darüber! Das war das Volk, das waren seine Männer, seine Frauen, die das ertrugen. In Preußen ein Dreiklassenwahlrecht. Im Reichstag das demokratische Männerwahlrecht durch das persönliche Regiment verfälscht. Und militärischer Machtwille glaubte selbst bei der Gestaltung der innerpolitischen Verhältnisse herrschen zu können!

Hat es jemals ein so einheitlich fühlendes deutsches Volk gegeben, wie das von 1918? Diese große allgewaltige Friedenssehnsucht, die damals alle befeelte, ist in diesem Zusammenhang wohl nie vorher oder nachher gefunden worden. Und noch eine andere Vorstellung stand groß und gebieterisch da, gewachsen in vier furchtbaren Jahren der Ohnmacht, des Schmerzes, des Elendes und Hungers: das darf nie wieder über uns herelubrennen, wir sind das Volk, wir müssen bestimmen über unser Geschick, über Krieg und Frieden. Da war sie, die demokratische Forderung, jeder dachte es für sich, viele sprachen es untereinander aus. Was Jahrzehnte hindurch von Mutigen in die Welt hinausgerufen und immer nur von einem Teil aufgenommen wurde, jetzt war es plötzlich Allgemeingut geworden.

Man hörte auf, als am 1. Oktober Wilhelm II. in seinem Abschiedsschreiben an den Reichskanzler Graf Hertling sagte: „Ich wünsche, daß das deutsche Volk wirksamer als bisher an den Bestimmungen der Geschichte des Vaterlandes mitarbeite.“

Als die Oktoberregierung mit Teilnahme der Sozialdemokraten gebildet wurde, für Preußen die Umwandlung des Wahlrechts beschlossen wurde, als in der Regierungserklärung ausgesprochen wurde, daß der Kanzler sich auf die Mehrheit des Reichstages stütze und dieser Zustand auch nie mehr rückverändert werden würde, da wurde das alles wie eine langstarrmartete Selbstverständlichkeit hingenommen. Die angekommenen Spannungen lösten sich nicht. Hinter der rasenden Entwicklung dieser Tage stand als leuchtendes Signal die Friedenshoffnung. Die Begriffe Friede, Brot und Freiheit waren zum lebendigen Zusammenfließen gekommen.

Vollrecht schließt Frauenrecht ein. Das hat 1918 die Oktober/November-Entwicklung gezeigt. Am

18. Oktober erließ der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei einen Aufruf:

An Deutschlands Männer und Frauen! — Deutschland ist auf dem Wege vom Obrigkeitsstaat zum Volksstaat. — Die Regierung, der Sozialdemokraten angehörig, muß eine Regierung des Friedens sein. — Um das entsetzliche Verbrechen zu beenden, hat die neue Regierung einen Waffenstillstand angeboten und sich bereit erklärt zu einem Frieden des Rechtes und der Völkerveröhnung. Wir sind auf dem Wege zur Demokratie. Die Zukunft gehört der Völkerveröhnung, der Demokratie und dem Sozialismus.

Und die Frauen? Ueberwog das Gefühl: „Und ich bin nichts als ein gefesselt Weib“ noch immer so stark in ihnen, daß sie in dieser Entwicklungsstunde nicht einmal ihr Staatsbürgerrecht verlangten? O doch, die Frauen, die schon seit Jahren Gleichberechtigung gefordert hatten, sie gaben dem Denken und Fühlen breiter Frauenmassen auch jetzt in Wort und Schrift Ausdruck. Aber daß uns der Frieden doch näher lag, als das Wahlrecht, dessen Wichtigkeit ich damit nicht verkleinere, wer verstand das nicht? Die Berliner Genossinnen veröffentlichten am 26. Oktober einen Aufruf: Die Frauen und der Friede, in dem sie sagten, daß die Arbeiterchaft heute zum großen Teil von Frauen repräsentiert würde. Sie hätten einen ungeheuren Teil der Kriegslasten getragen, sie hätten es durch ihre Arbeit überhaupt erst möglich gemacht, das Wirtschaftsleben aufrecht zu erhalten und den Krieg zu führen. Und sie würden es nicht als eine Ehrlosigkeit betrachten, wenn das deutsche Volk nach vier Jahren heldenmütigen Kampfes jetzt offen und frei erklärt: „Wir sind besiegt.“ Sie würden es aber nie und nimmer verstehen, wenn um des Schemas willen noch mehr kostbares Blut vergossen werden sollte. — Und die Künstlerin und Mutter Käthe Kollwitz rief dem Dichter Richard Dehmel, der laut verkündete, daß er sich, um einen Schmachfrieden zu verhindern wieder zum zweitenmal freiwillig an die Front zurückgemeldet habe, zu: „Es ist genug gestorben! Keiner darf mehr fallen! Ich befehle mich gegen Richard Dehmel auf einen Größeren. Er sagte: Saatfrüchte sollen nicht vermahlen werden.“

Die Kronen stürzten, die Revolution war da, herausgewachsen aus Hunger und Krieg, die Sozialdemokratie sprang ein für das Volk und für den Frieden. Sie warf den ganzen Fonds des Vertrauens, der sich in Jahrzehnten im arbeitenden Volk für sie angesammelt hatte, mit in die Wagchale der Geschichte und setzte ihn aufs Spiel — denn schwer, unfähig schwer war die Aufgabe! Sechs Sozialdemokraten gaben in diesen Stunden den Frauen das Wahlrecht. Ja, wir Frauen haben Geschichte erlebt, haben wir es nun auch gelernt, die Geschichte zu beeinflussen und die Verhältnisse zu formen, soweit das dem Menschenwillen überhaupt möglich ist?

Zehn Jahre Demokratie, zehn Jahre volles Staatsbürgerrecht für Männer und Frauen, vor uns aber der schwere Kampf der Arbeiter gegen das Kapital. Im Westen ist dieser Kampf in grausamen Formen eröffnet. Wie wichtig die Kameradschaft der Frau in solchem Kampf ist, lehrt die Geschichte der Sozialdemokratie. Kameradschaftliche Anteilnahme der Frauen, der Männer aber kann sich auf die Dauer nur stützen und erhalten bei voller bewusster Einsicht in das Wesen des Kampfes, in die Zusammenhänge des politischen und wirtschaftlichen Lebens. Möge die Demokratie, möge das Staatsbürgerrecht uns Frauen auch weiter ein guter Lehrmeister sein!

So waren sie!

Der Januschauer bringt sich zum 9. November in Erinnerung

Herr von Oldenburg-Januschau, einst Reichstagsabgeordneter und Kammerherr Wilhelm II., hat sich von Herbert Eulenberg beleidigt gefühlt. Eulenberg hat in seinem Hohenzollern-Buch geschrieben:

„Der Reichstag galt dem Kaiser als eine Quasellstube. Die Aeußerung eines ostelbischen Rüpels, der Kaiser könne diesen Volksstall jeden Tag von einem Leutnant und zehn Mann Schützen lassen, war ihm ganz aus der Seele gesprochen.“

Nicht durch die Wiedergabe seines Wortes vom Leutnant und den zehn Mann, die eine offene Aufforderung zum Hochverrat enthielten, hat sich dieser echte Junker beleidigt gefühlt, sondern durch den Ausdruck „Rüpel“. Er hat gestern eine Berichtigung Eulenbergs zu 200 M. Geldstrafe wegen formaler Beleidigung erzielt.

Herr von Oldenburg-Januschau bringt sich am zehnten Jahrestag der deutschen Revolution in Erinnerung, damit das deutsche Volk in seiner Person das alte System mit seinem Junkerhochmut und seiner Borniertheit erkenne, als ein Träger dieses Systems, der wie alle die Interessen des Volkes in schwerster Zeit um seiner Privatinteressen willen mit Füßen trat.

Herr von Oldenburg-Januschau ist der Mann, der am 12. April 1915, unter dem furchtbaren Druck der englischen Blockade, an den Minister des Innern von Löbbeck den folgenden Brief schrieb:

„Liebste Excellenz Frhr!“

Im Begriff, nach Polen auf meinen Posten zurückzukehren, danke ich Gott, die Schere mit den Ostern und der Zügelhaltung los zu sein. — Es ist auf dem Lande jetzt tatsächlich unerbittlich mit den täglich wechselnden Verordnungen.

Ich bestelle 300 Morgen überhaupt nicht, und so machen es viele.

Weil die Unsicherheit der Ernte und der Bestimmungen zu groß ist. Die Sache mit den Kartoffeln ist jetzt einigermaßen vernünftig, von den Schweinen wird die Hälfte in der Pöfelkornne verkauft. Die Erbitterung auf dem Lande ist sehr groß und wird sich nach dem Kriege entladen. Dazu kommt, daß das Vertrauen zu der Obersten Heeresleitung in allen Kreisen immer mehr schwindet.

Der Mann, der in der Zeit der tiefsten Hungersnot 500 Morgen Land überhaupt nicht bestellte, mußte sich am 22. Juni 1922 im Reichstag unter dreizehnem Schweigen seiner deutschnationalen Freunde den Vorwurf des Landdesverrats machen lassen. Jetzt klagt er wegen des Wortes „Rüpel“, durch das er seine Ehre ramponiert fühlt.

Herr von Oldenburg-Januschau hofft heute noch auf den Leutnant mit den zehn Mann. Im Jahre 1926 sprach er in Riesenburg:

„Wir müssen stark bleiben und den Kampf gegen diese Parlamente weiterführen. Ich weiß, daß der alte Generalleutnant, wenn es an der Zeit ist, die Kanone schärfer anziehen wird.“

Der Mann des alten Systems, dem die Rechte des Reichstages unter dem alten System schon zu weit gingen, der damals putzen wollte und heute noch putzen will für den kaiserlichen Absolutismus — das ist der Januschauer. Er ist die Verkopplung des schändlichen Systems, das heute nur zehn Jahren gestürzt wurde.

Das Reichsbanner ehrt die Republik!

Feier auf dem Gendarmenmarkt.

Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Gau Berlin-Brandenburg, beging die zehnte Wiederkehr des 9. November gestern Abend durch eine Feier auf dem Gendarmenmarkt. Die Kundgebung zählt zu den größten und meistbesuchtesten Veranstaltungen des Berliner Reichsbanners seit seinem Bestehen: Der große Ploß war überfüllt. Reichstagsabgeordneter Genosse Kunkler für die Sozialdemokratie, Professor Bernhard für die Deutsche Demokratische Partei und Verlagsdirektor Dr. Schreier für das Zentrum würdigten die Aufbauarbeit der republikanischen Parteien. Den genauen Bericht finden unsere Leser in der ersten Beilage.

„Charakterlich geharnischt.“

Oberleutnant a. D. Niemann meldet sich.

Im Organ der preussischen Junker, der „Kreuz-Zeitung“ betet der Oberleutnant a. D. Alfred Niemann den Katholizismus zahnknirschender Buz über den 9. November unter dem üblichen Aufwand von Schimpfworten herunter. Am Schluß seines Sermons sieht er dann: „Möge aus der Gewissensprüfung des heutigen Tages eine neue Schar charakterlich geharnischter Männer erstehen.“

Oberleutnant a. D. Niemann hat's nötig. Er persönlich gehörte nämlich zu jener Schar „charakterlich geharnischter“ Männer Wilhelms II., denen der Entschluß, ihren Monarchen nach Holland gehen zu lassen, leichter gefallen ist, als der Heidenod im Kampfe gegen die Revolution!

Die Russenversteigerung.

Eine Erklärung des preussischen Justizministeriums.

Dem Amtlichen Preussischen Pressedienst wird aus dem preussischen Justizministerium mitgeteilt: Die einstweiligen Verfügungen, die vom Kammergericht und vom Landgericht II, Berlin, hinsichtlich einer Anzahl von Kunstgegenständen erlassen worden sind, die von dem Kunst- und Auktionshaus Bepke im Auftrag der russischen Handelsvertretung versteigert werden sollten, sind Entscheidungen gemäß den §§ 933 ff. der Reichsjustizprozessordnung in einem vorläufigen Verfahren, das nur dazu dienen soll, Gegenstände, über deren Eigentum Streit zwischen zwei Parteien herrscht, für den nachfolgenden Hauptprozeß sicherzustellen.

Die Frage, welche von den Parteien Eigentümerin ist, wird durch eine derartige einstweilige Verfügung noch nicht entschieden. Die Frage, wen die sichergestellte Sache demnachst anzusprechen ist, bleibt vielmehr dem sich anschließenden Hauptprozeß vorbehalten. Nur diese Bedeutung haben die Beschlüsse des Kammergerichts und des Landgerichts II, Berlin.

Calles, der am 1. Dezember abtretende Präsident der Bundesrepublik Mexiko, soll dann Staatsbahnpräsident werden.

Die Unternehmer sollen bezahlen!

Sozialdemokratischer Initiativgesetzentwurf zum Eisenkonflikt.

Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion hat sich gestern mit der Aussperrung in der Eisenindustrie beschäftigt. Er hat folgenden Initiativgesetzentwurf zur Unterstützung zu Unrecht ausgesperrter Arbeiter eingebracht:

§ 1. Arbeitslose, deren Arbeitslosigkeit durch eine inländische Aussperrung verursacht ist, welche zur Abänderung oder Beseitigung eines freiwillig geschlossenen Tarifvertrages oder eines für verbindlich erklärten Schiedsspruches vorgenommen wird, erhalten eine Unterstützung nach Maßgabe der §§ 103 bis 109 — ohne Rücksicht auf ihre Anwartschaft — des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung vom 16. Juli 1927 (Reichsgesetzblatt I S. 32).

Ein für verbindlich erklärter Schiedsspruch gilt als rechts wirksam im Sinne dieses Gesetzes ohne Rücksicht auf schwebende Rechtsstreitigkeiten.

§ 2. Die Mittel für die Auszahlung der Unterstützungen, die gemäß § 1 zu zahlen sind, sind vom Reich der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung zur Verfügung zu stellen.

§ 3. Diejenigen Arbeitgeber, die an der Aussperrung unter der Voraussetzung des § 1 beteiligt sind, sind dem Reich zum Ersatz der auf Grund dieses Gesetzes zur Verfügung gestellten Mittel verpflichtet, jeder einzelne in der Höhe der Beiträge, die aus Reichsmitteln als Unterstützungen an die von ihm entlassenen Arbeiter ausgezahlt werden. Die vom Reichsfinanzminister unter Anschluß des Rechtsweges festgesetzten Beiträge werden nach den Vorschriften über die Beitragspflicht öffentlicher Abgaben beigetrieben.

§ 4. Dieses Gesetz erhält rückwirkende Kraft vom 15. Oktober 1928.

Sollte sich die Lage durch die Schuld der Unternehmer

weiter verschärfen, so behält sich die sozialdemokratische Reichstagsfraktion weitergehende Anträge und Maßnahmen vor.

Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion tritt am Montag, 10. Uhr, die Reichstagsfraktion 12 Uhr zusammen. Als Redner für die Debatte über den Eisenkonflikt ist Genosse Brandes, der Vorsitzende des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, bestimmt worden.

Rebellion.

Deutschnationaler Arbeiter gegen Hugenberg.

Der deutschnationaler Arbeiterbund, Landesverbandgruppe Niederrhein, rebelliert gegen seine Herren und den Geist Hugenberg's. Er hat folgende Entschliessung zur Eisenkonflikt gefaßt.

„Dah trotz der Verbindlichkeitsklärung dieses Schiedsspruches mehr als 200.000 Metallarbeiter ausgesperrt worden sind, müssen die Vertrauensmänner des Deutschnationalen Arbeiterbundes am Niederrhein als einen Gewaltakt ansehen, der das erst in junger Entwicklung stehende deutsche Arbeitsrecht in seinen Grundlagen zu erschüttern geeignet ist.“

Die gegen geltendes Recht vorgenommene wilde Aussperrung läßt eine Wahrscheinlichkeit für die Annahme gewinnen, daß die Stilllegung der Eisenwerke eine verschleierte Nachahmung amerikanischer Nationalisierungsmethoden darstellt, nämlich die Jahresproduktion so zusammenzubringen, daß jährlich einige Wochen oder gar Monate Betriebsstilllegungen erfolgen können. Abgesehen davon, daß das im gegenwärtigen Falle in Form einer Aussperrung geschieht, die die Zahlung der staatlichen Arbeitslosenunterstützung in Zweifel zieht, ist damit auch eine Demoralisierung des Volkslebens verbunden, die nicht wieder gutzumachende Schäden herporrufen kann.“

Die Erbitterung über den brutalen Gewaltstreik der Unternehmer hat gestern die deutschnationalen Arbeiter erfaßt, so daß sie gegen Hugenberg aufbegehren.

Revolution mit Fürstengunst



Die Erinnerung an die Novembertage des Jahres 1918 gibt Veranlassung, zurückzublicken in die Geschichte der revolutionären Bewegungen, die in der Vergangenheit Berlins erregten und bewegten. Da ist eines der interessantesten Ereignisse der Geschichte der Bürgerkrieg, der sich in Berlin unter wechselnden Bündnissen um die Mitte des 15. Jahrhunderts zwischen Landesherren, Patriziern und dem damaligen untersten Stande, den Handwerkern, abspielte.

Die Schuld der Patrizier.

Friedrich von Nürnberg, der erste regierende Hohenzoller in der Mark Brandenburg, der 1415 in Konstanz von Sigismund, dem letzten deutschen König aus dem Hause Luxemburg und Erben der Mark, mit Brandenburg belehnt worden war und sich 1437, des langen Habers müde, in die Einsamkeit der Cobolzburg zurückzog, übergab sein Land dem vierundzwanzigjährigen Sohne Friedrich, der später der „Eiserne“ genannt wurde. Der selbstbewußte neue Herr wollte das Werk seines Vaters, der weniger freisch aus überließ, denn aus materiellen Beweggründen heraus, die Raudritter befehdt hatte, dadurch fortsetzen, daß er auch die Städte unter die Herrschaft seines Hauses brachte und ihre Selbstverwaltung vernichtete. Die mächtigste und freieste Stadt seines Kurfürstentums war Berlin, und gegen Berlin richtete sich seine Feindschaft, wachte sich sein Haß. Dem jungen Fürsten kam bei seinen Bestrebungen ein Umstand zugute, den der geistlose, skrupellose Mann wohl erkannte und ohne Rücksicht betrügerisch ausnützte. In Berlin herrschte die Aristokratie der Stadt, saßen im Rate die Patrizier, die hochmütig herablickten auf den dritten Stand, die Zünfte der Handwerker. Erbitterung war wach, die Annäherung der Mächtigen trieb die unteren, politisch schlecht geschulten Schichten förmlich in die Arme des Fürsten, der da kam mit Versprechungen, die zu halten er sich nie als ernsthaft vorgenommen hatte. Das volksfeindliche Regime der Berliner und Köllner Aristokraten führt 1442 zur Revolution des Proletariats, der Handwerker, gegen die städtische Obrigkeit. Den Anführern scheint bester Bundesgenosse der Fürst zu sein. Sie rufen Friedrich II. zur Hilfe, die Tore der Stadt werden dem entrückenden Markgrafen geöffnet, er reitet mit seiner schwer bemanneten Mannschaft ein, er stürzt den aristokratischen Rat, und ein neuer Rat aus den führenden Zünften wird eingesetzt. Der Handwerker, beraubt durch das Gesetz, den ihm

gebührenden Platz errungen zu haben, jubelt dem „Befreier“, dem Fürsten zu.

Der treubruchige Fürst.

Friedrich II. hat nicht einen Augenblick daran gedacht, das „schändliche“, seine Fürstenehre berührende Bündnis mit der Unterwerfung, mit der „Heise des Volkes“, ehrlich durchzuführen und einzuhalten. Auch er hatte den echt fürstlichen Instinkt seines Nachfahren Friedrich Wilhelm IV. vom „Ludergeruch der Revolution“. Es liegt dem Kurfürsten nur daran, die mächtigen Patrizier zu stürzen und selbst die Herrschaft über Berlin, über Kölln und damit über alle Städte seines Landes zu gewinnen. Sehr bald verhandelt er heimlich mit den gestürzten Patriziern, sehr bald ist er es satt, mit dem von ihm eingesetzten Bürgermeister von Berlin, dem gewöhnlichen Schuster August Wälder, zusammenzuarbeiten. Die Patrizier lassen es sich angelegen sein, um die alte Nacht über das gemeine Volk wiederzuerlangen, dem Fürsten gegenüber Verheugungen und immer neue Fälschungen zu machen. Schon 1443 kann der Fürst das Gesetz erlassen, daß keiner das Recht habe, ein städtisches Amt, das ihm übertragen werde, zu verweigern. So nennt denn Friedrich der Eiserne wortbrüchig plötzlich nicht Tischler, Schuster, Schneider und Werkzeugmacher, mit denen zusammen er die Herrschaft über Berlin und Kölln gewonnen hatte, sondern Angehörige der gestürzten Patrizierfamilien zu Ratsherrn der Stadt. Das Proletariat des Mittelalters hat auf Fürstengunst getraut. Es hat lebhaft, es ist vom zweiten Hohenzollern betrogen worden.

Beginnender Absolutismus.

Der Sieg des Fürsten vom Jahre 1443 bedeutet den Beginn des dynastischen Absolutismus, der, Jahrhunderte später, in Friedrich Wilhelm I. und dem sogenannten „Alten Fritz“ seine bekanntesten Vertreter in der Geschichte Brandenburg-Preußens aufweist. Sicher, 1443 war der Kurfürst Friedrich noch nicht am Ziel. Am 11. Juli war er mit feierlichem Prunk und glänzendem Ge-



Der gestörte Schloßbau.

folge in Berlin eingezogen. Er wollte den Grundstein zu jenem Schlosse legen, das die Erbitterung der fürsteneidlichen Berliner mit dem Namen Zwingkölln belegte. Mit kaiserlichen Büchsen schaute die Bürgerschaft der feierlichen Grundsteinlegung durch den Landesherren zu. Die Aufrechten unter den Patriziern, die Einflüchtigen unter den Handwerkern sahen ein, was sie — beide durch falsches Politikern mit dem gemeinsamen Feind, dem Fürsten — angerichtet hatten. Die Unzufriedenen unter der Stadtaristokratie freilich heuchelten nur Freundschaft den biederen Bürgern gegenüber, um mit ihrer Hilfe seine Rechte vor dem Zugriff der fürstlichen Macht zu erhalten. Friedrich II. hatte auf der Spree Baumaterialien aller Art heranzufahren lassen und Arbeitskräfte aus den ländlichen Bezirken seines Herrschaftsbereiches herbeiführen lassen. Man war eifrig am Bauen der Zwingburg, aber oft, wenn die Arbeiter morgens kamen, fanden sie das, was am Tage mühsam vollbracht war, in der Heimlichkeit der Nacht eingegriffen. Die großen Quadern, die man auf Rädern herbeigeführt und aufgetürmt hatte, waren auseinandergerissen und zum Teil sogar in die Spree gewälzt worden, und aus dem moralischen Grunde des Stilles konnte man sie nicht wieder herausholen. Die Arbeit schritt nicht fort, jeder nur irgend denkbare Schabernack wurde dem Bauherrn gespielt, der Fürst raste vor Wut. Alle Zwangsmahnahmen, die gewaltsam erzwungene Ueberlassung des Rathhauses auf der Langen Brücke, der Verzicht auf städtische Gerichtsbarkeit, der Schwur auf Untertänigkeit und Gehoriam schienen nicht zu helfen. Als der Kurfürst im Jahre 1446 in Berlin einen Landtag abhielt, begrüßte ihn kein freudiger Jubel, das Volk stand abseits, hämliche Blicke, unterdrückter Haß empfingen ihn.

Sieg des Kurfürsten.

Friedrich II., der schlau, mit allen Wessern gewaschene, wie vor Treubruch zurückstreichende Diplomat, sagte sich, daß hier mit Gewalt nichts zu machen sei. Er überließ förmlich die Störungen des Schloßbaues, er unternahm auch nicht das geringste gegen sie! Er sagte nichts, als seinem Bruder, dem Markgrafen Johann, der Aufenthalt in Berlin verlangt wurde und seine Anhänger mit Schimpf aus den Süden ausgewiesen wurden. Als aber 1447 die Stände der Mark zusammentraten, stand der Kurfürst, der 1443 in Wort gebrochen hatte, auf, um seinerseits die Deputierten der Städte des Wortbruchs zu zeigen. Die Stände gaben dem Fürsten Recht, er hatte es versprochen, daß sich durch die vorgetriebene Nachgiebigkeit des Monarchen der Bürger in Unrecht setzen ließ. Nun holte Friedrich zum entscheidenden Schlage aus. In offenem Kriege zog Bolzer Böttin, ein aus den Städten Berlin und Kölln vertriebener Anhänger des Kurfürsten, aus, er schloß Orlern 1448 Rat und Bürgern den Fehdebrief. Er siegte: Am 27. April 1449 wurde er zum Bürgermeister von Berlin erwählt, zähneknirschend beugte sich die Bürgerschaft. Das Berliner Wappen aber zeigte fortan einen Bären, der in gebückter Stellung den brandenburgischen Adler auf dem Rücken trug, und an der Spitze des Fides der Ratsherrn stand der Satz: „Ich gelobe und schwöre, Meinem Gnädigen Herrn treu und gemächtig zu sein, Seinen Schaden zu wenden, Seinem Frommen zu werben und in keiner Sache wider Seine Gnade und Herrschaft zu sein.“

In den revolutionären Kämpfen, die Berlin um die Mitte des 15. Jahrhunderts in ständiger Bewegung erhielten, hatte die junge Dynastie Hohenzollern geübt. Für fünf Jahrhunderte hatte sie ihre absolutistische, immer trag schönere Leisige volksfeindliche Macht stabilisiert. Erst der November 1918 ließ den Berliner Bären den auf ihm hochenden Adler der Hohenzollern herunterwerfen.

Das Gedemken an die Jahre um 1450 herum zeigt gerade in diesen Tagen, wie schlecht unsere Vorfahren beraten waren, als sie sich auf Fürstenerbitterungen und Fürstengunst verließen. H. d.

Soldat Suhren.

Roman von Georg von der Bring.

Copyright 1927 by J. M. Spoth Verlag, Berlin.

Albering sagt: „Laß sie doch rüberjumpen.“
Ich versichere ihnen zum zweiten Male und so laut ich kann: „Entwürfe für ein Bild in der Kantine!“
Aber den Generalstabsoffizieren wird es scheinbar nicht klar, was wir machen. Sie jucken die Achseln und verschwinden im Wald.
„Wenn sie nun über die Zugbrücke kommen?“ befürchte ich.
„Bastion IV ist unbesteigbar. Achtung! Auf zum dritten Gang!“
Der Kampf entbrennt aufs neue. Wir rollen am Boden und stemmen uns dagegen, auf den Rücken geworfen zu werden. Wir machen aimend Pause. Ueber uns schwebt ein Sperber, welcher wie eine Kage schreit und abstreicht.
Weiter! Ich knie, und Albering drückt mich mächtig nach hinten. Ich kann den Fuß nicht nachziehen, welcher Schmerz, lasse vom Widerstand ab, worauf mich mein Gegner hart auf den festgeklemmten Fuß drückt. Ich schreie und werde geworfen.
„Da siegst du,“ sagt Albering und steht auf.
„Ich bin kaputt.“ sage ich, bleibe liegen und untersuche meinen Fuß. Er schmerzt erbärmlich. Ich kann wohl aufstehen, aber hinkel auf einem Bein herum. Es ist eine Schmerzerrung auf dem Fußrücken. Albering massiert den Fuß, aber es wird nicht besser. Später hinkel ich die Leiter hinunter und krieche aufs Birkenbett. Albering holt einen nassen Lappen und macht Umschläge.
Am andern Morgen ist es das gleiche, und ich bin gezwungen, mich krank zu melden. Steinberg, der Sanitätsunteroffizier, kommt hereingerannt wie auf eine Bühne und schreit: „Was machen Sie, Suhren?“
Er ist Schauspieler am Schillertheater und übt sich überall in seinem Berufe.
„Kriegslamp machen diese Menschen! Soldaten vor dem Feind machen Kriegslamp! Es geht euch zu gut, übermütiges Geschick! Der Kraft nicht wisset ihr euch zu raten!“
Der kleine Jude ist mir dankbar, ich habe ihm eine Besichtigung von der Batterie gemacht. Es muß auch wohl so

sein, und ich höre seine Ausrufe gern an, weil es eine Uebung für ihn ist.
„Trinke da ein Glas Bier vom bayerischen. Geht da ein Mann her, sagt: „Suhren ist hin, er steht Ihre Hilfe!“ Ich eile, zu kommen! Was finde ich, ihr Klenden! — Zeige den Fuß. Eine Zerrung der Sehne, hm. Verstaucht — und was nun?“
Sein schwarzer Blick rollt vorwurfsvoll über mein Gesicht.
„Ich kann vor Schmerz nicht aufstehen,“ sage ich leise.
„Vor Schmerz nicht aufstehen, gewiß, so seid ihr, Bubel! Fort ins Revier —“
Er rennt in die Tür mit großen Schritten und schreit ins Freie: „Bulei und Kulei hierher! Die Bahre gebracht! Eilt euch, ihr Trägen!“
Als bald treten Bulei und Kulei mit der Bahre auf, und ich lasse mich nieder. Es ist spählig; man schnallt mich fest und trägt mich fort. Ueber die Hochfläche geht es wie nichts. Dann aber erfolgt der Abstieg ins Dorf Chérot. Bulei und Kulei rauchen Zigaretten und gleiten aus. Sie lassen die Bahre los, und ich überschlage mich mit ihr. Mein Gesicht liegt in einem Schafgarbenbusch, der duftet und kühlt. Zehn Meter slog ich hinunter, blieb aber heil. Es scheint im Augenblick sogar, daß der verstauchte Fuß besser ist. Bulei und Kulei finden mich wieder und zünden sich neue Zigaretten an. Dann drehen sie mich auf den Rücken, packen die Bahre und liefern mich in Chérot ab.
Vor dem Hause, in dem das Revier ist, lehnt ein Sanitätssergeant im offenen Uniformrock. Er sagt faul: „Hat?“
„Suhren, herr Sergeant,“ melden Bulei und Kulei und legen mich nieder.
„Hat?“ wiederholt der Sergeant und zielt mit seinem Stiefel auf meinen verbundenen Fuß.
„Schnenerrung, herr Sergeant,“ melden Bulei und Kulei und lächeln vor Freude, daß sie verstanden haben.
„Rein!“ befiehlt der Dicke und macht eine Kopfbewegung. Die Sanitäter schnallen mich ab, und ich lege mich auf eins der acht leeren Betten. Es ist nett, einmal im Revier zu sein, alles voll Fliegen.
„Kommen Sie! Kommen Sie!“ beschwört mich eine Stimme. Es ist also noch jemand da, und zwar ein älterer Soldat mit einem Spießbart, und er winkt mich ans Fenster. Ich springe auf mein gelundes Bein und hinkel durch die Stube. Gerade erscheint ein Flieger in geringer Höhe über der Straße, ein großer dunkler Vogel mit bunten Ringen,

von Schrapnellwolken umplagt, die wie dicke Hagelkörner heransaus, in der Luft stehenbleiben und sich mehren und mehren. Das Bauenaugie knickt seine Flügel und sinkt rechts hinter der Craonner Straße in einen Wald.
„Den haben wir — was?“ wendet sich der Spitzbärtige an mich, und wir setzen uns auf unsere Betten. Ich frage ihn nach seiner Krankheit. Er erzählt, daß er sich bei den französischen Weibern etwas geholt hat. Ich sehe auf seinen Ring. Gewiß, er ist verheiratet und hat daheim drei kleine Kinder. Sein Gesicht ist mir etelhaft, er verzicht es in tiefe Sorgenfalten, und zwei Fliegen sitzen auf seiner Stirn. Die eine fliegt ab, schwebt auf meine Hand. Ich haue darauf, daß es weh tut. Wir schweigen.
„Schließe ich da neulich mir nichts, dir nichts 51 Ringe,“ lächelt der andere und sieht mich an. Doch die Tür geht auf, und der Sergeant tritt herein. Er bleibt stehen, die Klinke in der Hand und macht über irgend etwas große Augen.
„So, so, Freundschen,“ brummt er, nimmt ein Plakat von der Wand und wirft es auf meine Beine.
„Wollen herr Sergeant belieben —“ flüstert der Spitzbärtige demütig.
„Halt's Maul!“ antwortet jeryr und geht in den Nebenraum, offenbar sein Zimmer.
Das Plakat soll ich lesen, wie mir scheint, er setzt einfach voraus, daß ich lesen kann. Die Ueberschrift lautet: Verhaken im Revier. Dann kommen 14 Abschnitte, und alle sind voll Fliegenbreck. Wenn die Fliegen bloß wüßten, wie sie sich im Revier zu benehmen haben. Es ist heiß, und immer neue Fliegen suchen sich einen Aufenthalt auf dem Plakat. Ich haue nach ihnen, doch der Wutranke rot mir, nach einem Blick auf das Sergeantenzimmer: „Wach keinen Lärm im Revier, Kamerad!“
In einer halben Stunde kann man manche Fliege töten, besonders mit einem solchen Plakat. Man läßt sie sich niederfliegen, und wenn sie nichts ahnend sich die Hände reiben, trifft sie der Schlag. Manche kommen auch davon und sind gewarnt. Doch immer neue schweben her, sie fallen von der Decke, die ganz schwarz ist, und sie feiern dort ein Viebesfest, bei dem eine fortwährende Schwirrmusik ertönt.
Die Tür des Sergeanten geht auf, und ich schaue aufs Plakat. Der Sergeant schreit: „Hofen runter!“ — seine Boden zittern wie zwei Luftkissen.
Jetzt erst begriffe ich — ich soll mich ausziehen als Patient. So begimme ich damit, worauf der Sergeant sich ingrimmig zurückzieht. (Fortsetzung folgt.)

Blutkat eines Geisteskranken. Die Frau mit der Schere niedergestochen.

In einem Anfall von Geistesgeführligkeit nach gestern abend der 54jährige Schneider Paul Gruhn im Hausflur des Grundstückes Brüsseler Straße 51 im Norden Berlins seine 34jährige Frau Alma mit einer Schere nieder. Der Täter brachte sich selbst mehrere tiefe Bruststiche bei.

Gruhn, der von seiner Frau getrennt lebte und in der Gartenstraße 34 zur Untermiete wohnte, war längere Zeit in der Heilanstalt in Buch interniert. Vor etwa drei Monaten war er als geheilt entlassen worden. Mehrmals versuchte er, seine Frau, die in der Brüsseler Straße 51 wohnt, zur Rückkehr zu bewegen, aber immer ohne Erfolg. Auch gestern abend begab er sich wieder in die Wohnung der Frau. Anstatt zu einer Ausöhnung kam es jedoch zu einem heftigen Aufruhr, der in Tätlichkeiten ausartete. Blödsinnig ergriff Gruhn eine auf dem Tisch liegende Schere und stürzte sich damit auf seine Frau. Es gelang ihr aber noch rechtzeitig die Tür zu erreichen und auf die Treppe zu flüchten. Laut um Hilfe rufend, eilte sie die Treppe hinab. Gruhn, der sich wie rasend gebärdete, stürzte ihr nach und holte sie im Hausflur ein. Mit der Schere, die er noch immer in der Hand hielt, stach er mehrmals auf die Wehrlose ein. Als Hausbewohner, die durch die Hilferufe alarmiert worden waren, hinzueilten, stieß sich Gruhn die Schere mehrmals in die Brust.

Polizeibeamte sorgten für die Ueberführung der Frau ins Virchow-Krankenhaus. Gruhn wurde als Polizeigefangener ins Staatskrankenhaus gebracht.

Schwere Explosion in Amerika. Bisher 12 Tote und über 20 Verletzte.

New York, 8. November.

In Lynn, im Staat Massachusetts, ereignete sich in einer Schussfabrik eine schwere Explosion, die den Ausbruch eines Großfeuers zur Folge hatte. Das Feuer griff im Handumdrehen auf die benachbarten Häuser über.

Bis 9 Uhr morgens waren als Opfer der Explosionstatastrophe 12 Leichen geborgen. Die Zahl der Verletzten beträgt über 20. In der allgemeinen Aufregung ist es bisher unmöglich gewesen festzustellen, wie viele Personen in der Schussfabrik beschäftigt waren. Die erste Explosion — es handelte sich um eine Zelluloidmischung — erfolgte um 7 Uhr 35 Minuten. In den nächsten Minuten wurde durch mehrere kleinere Explosionen eine Wand des einstöckigen Fabrikgebäudes herausgedrückt. Zwei Leichen wurden auf die Straße geschleudert. Zahlreiche benachbarte Wohnhäuser wurden durch die Flammen in Mitleidenschaft gezogen. Unter den Toten befindet sich eine Mutter mit ihren drei Kindern, die in einem benachbarten Wohnhause beim Frühstück von den aus dem Fabrikgebäude durch die Wohnungsfenster schlagenden Flammen getötet wurden, während die übrigen Mitglieder der Familie, der Vater und fünf Kinder, mit leichten Brandwunden davontamen.

Endkampf um die „Rotgestempelten“. Winter entlarvt und zu Gefängnis verurteilt.

In dem Betrugsprozess gegen den Betriebsrat Gustav Winter, der durch seine Angriffe gegen den Reichsbankpräsidenten und eine lärmende Aktion für die Rufwertung der Reichsbanknoten von sich reden gemacht hat, wurde der Angeklagte wegen fortgesetzten Betrugs zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis und 20.000 M. Geldstrafe verurteilt. An Stelle der Geldstrafe treten bei Nichtbeurteilung 200 Tage Gefängnis. Auf Antrag des Staatsanwalts wurde Winter wegen bestehender Fluchtgefahr sofort verhaftet und aus dem Gerichtssaal abgeführt.

In der Urteilsbegründung wurde festgestellt, daß Winter seine zahlreichen Anhänger jahrelang aufs schwerste betrogen hat. Er hat sich aus dem Opferfink der von ihm angeführten Massen eine dauernde Einnahmequelle zu verschaffen gesucht. Zwar habe er behauptet, daß er für die ihm von seinen Anhängern zugeleiteten Gelder Gegenleistungen gegeben habe. Dem Gerichte habe er jedoch nicht die Ueberzeugung beibringen können, daß die Vorträge, Zeitungen und Bücher irgend welchen realen Wert für die armen Inflationsgeschädigten darstellten. Die Menge sei für ihn nur das Abhängigkeit für die sonst nicht abzulehnen literarischen Leistungen gewesen. Seine Anhänger haben ihm Vermögenszuwendungen gemacht, die sie nach Kenntnis des wahren Sachverhalts und der wahren Person Winters nie gegeben hätten. Die eingehenden Gelder hätten Winter und seinen Angehörigen jahrelang ein sorgenfreies Dasein ermöglicht und ihm überdies noch die Möglichkeit geschaffen, ein Vermögen von ganz bedeutendem Werte anzusammeln. Wie er seine Anhänger einschätzte, gebe aus seinen eigenen mit zynischer Offenheit dargelegten Ausführungen hervor, als er sagte, er müsse den Leuten, die dummer seien als dummi, mit großen Lügen als Bluff kommen, sonst liefen sie davon. Straflos war noch, daß er, um sein Ziel zu erreichen, auch nicht vor Handlungen zurückgeschreckt sei, die an sich den Kern für einen zu begehenden Hochverrat gebildet hätten, daß er die führenden Staatsmänner des Deutschen Reiches durch Wort und Schrift in maßloser Weise beleidigt habe.

Republikfeier des Reichsbanners.

Eine machtvolle Kundgebung am Vorabend des 10. Jahrestages.

Wo vor zehn Jahren die Schiffe der revolutionären Arbeiter und Soldaten durch die Novembernacht peilschten, da erhellte gestern der Feuerschein unzähliger Fackeln das Dunkel des Novemberebends. Das Berliner Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold halte zu einer Kundgebung auf dem Gendarmenmarkt aufgerufen, um die Geburtsstunde der deutschen Republik zu feiern. Der Blick über das Ganze hing ein prächtiges, erhebendes und unvergeßliches Bild ein.

In langen grauen Kolonnen rückten die ehemaligen Kriegsteilnehmer an und mit ihnen, in gleichem Schritt und Tritt, die Massen der jungen Republikaner. In ihren Häuften trugen sie lodernde Fackeln und wackerde schwarz-rotgoldene Fahnen. In ihren Herzen glühte das Bekenntnis zum deutschen Freiheitsstaat, dessen Schützer und Wegbereiter sie sind. Und mit ihnen marschierten die unübersehbaren Massen der Bevölkerung, um durch ihre Beteiligung an diesem machtvollen Aufmarsch auch noch außen hin die unzerstörbare Verbundenheit zwischen Volk und Reichsbanner zu dokumentieren. Auf den Anmarschstraßen rückten die Züge, die ihre Sammelpunkte in den verschiedenen Stadtbezirken hatten, mit klingendem Spiel und wehenden Fahnen heran. Ueber sie brauste das Spiel der Musikkapellen, dröhnte der Trommelwirbel der Landourtruppen und wucherte der mitreißende Rhythmus aufrüttelnder Kampflieder. Auf dem Gendarmenmarkt, vor dem Staatlichen Schauspielhaus, vereinigten sich die Ströme zum Meer. Der Feuerschein unzähliger Fackeln leuchtete bis an die Spitzen der beiden Dome hinauf, die links und rechts schwarz und mäßig emporkragten. Auf der großen Freitreppe des Schauspielhauses, von der aus die Redner zu den Massen sprachen, hatten die Spielleute des Reichsbanners und die Fahnenabteilungen Aufstellung genommen. Unten auf dem Platz stauten sich die Massen und verschmolzen, dichter und dichter werdend, zu einer ungeheuren Einheit.

Ein Fanfarenmarsch, mit dem die Feier eröffnet wurde, verwandelte das ewige Brausen, das über der tausendköpfigen Menge lag, in feierliche Stille. Durch eine vom Arbeiterradio und aufgestellte Lautsprecheranlage wurden die nun folgenden Ansprachen und Darbietungen bis in die entferntesten Winkel des riesigen Platzes getragen. Albert Florath vom Staatstheater trat an das Mikrophon und sprach aus einem Sprechhorn Franz Rothensfelders mit weitinhaltender Stimme den pathetischen Prolog „Reuniter November 1918“. Nach einer kurzen, martigen Ansprache des zweiten Vorsitzenden des Berliner Reichsbanners, Wilhelm Rowald, der die Menge im Auftrage des Gauvorstandes begrüßte, sprach als erster Redner Reichstagsabgeordneter Genosse Franz Künzler.

„Vor genau zehn Jahren“, so führte er aus, „ging das kaiserliche Deutschland in Trümmer. Die fürstlichen Nachhaber hatten aus Deutschland einen einzigen Schutzhafen gemacht, und in Hurdy vor dem gerechten Zorn des Volkes stüchteten sie bei Nacht und Nebel. Durch den langen Krieg entkernt, durch schlechte Ernährung entkräftet, war das Kriegsinstrument des alten Deutschland innerlich morsch und brüchig, lange bevor die Alliierten zur letzten entscheidenden Kunststoffkappe des Jahres 1918 übergingen. Die Flucht des Obersten Kriegsherrn nach Holland hatte die einheimische Führung nicht erst zerbrochen.“

Auch unter den Offizieren war schon vorher Disziplin nur noch ein theoretischer Begriff.

Das kaiserliche Deutschland ging an den Fehlern seiner politischen und militärischen Führer zugrunde. Daran ändern alle Schriften nationalistischer Volksbegleiter über den Dolchstoß der Heimat nicht das geringste. Ernste, objektive militärwissenschaftliche Literatur — es seien nur die Namen der Generalmajore a. D. Amann und v. Borries, sowie jetzt erst der ehemalige Chef der Reichswacht, Generaloberst v. Seekt, in

seinem Buch „Gedanken eines Soldaten“ erwähnt — haben zugegeben, daß der Eintritt Mexikos, sein Dolchstoß, den Krieg zu unseren Ungunsten entschied. Wirtschaftlicher Zusammenbruch und Inflation folgten. Viel Leid und Sorge trugen Arbeiter, Angestellte, Beamte und die Angehörigen der freien Berufe unter den Folgenerscheinungen des Krieges. Aber als alles auf und davon lief, waren es die „waterlandlosen Gesellen“ Wilhelms II., die Sozialdemokraten, die im Bunde mit freitrotlich gestanten bürgerlichen Republikanern an die Arbeit gingen, um von Deutschland zu retten, was noch zu retten war. Dabei ging die Sozialdemokratie manchmal ohne Rücksicht auf Parteinteressen bis an die letzte Grenze des Tragbaren. Wenn wir aber rückschauend, so können wir feststellen, daß durch die Arbeit der Republikaner Deutschlands der Weg wieder freigemacht ist, zum Aufstieg.

Daß in den Jahren von 1918 bis 1923 die deutsche Staatsinheit gerettet war, werden spätere Geschichtsschreiber als eine der größten Taten der deutschen Arbeiterklasse und der Republikaner rühmen.

Was wäre wohl aus der Arbeiterbewegung geworden, wenn ausländischer Imperialismus und insändischer Separatismus Deutschland in Stücke geschlagen hätten? Schwerstes Elend wäre gerade über das deutsche Proletariat gekommen. Die Republik gab allen Staatsbürgern, ob Männern ob Frauen, das gleiche, freie, aktive und passive Wahlrecht. Man denke daran, wie in den Straßen Berlins die Wahlrechtsdemonstranten von der wilhelminischen Polizei noch wenige Jahre vor Ausbruch des Weltkrieges zusammengeworfen und zusammengewürdet wurden. Noch ist gewiß nicht alles erfüllt. Die Republik soll keine Selbstrepublik sein, sondern ein sozialer Volksstaat, der auch die Arbeit des Industriellen und Landarbeiters ausreichend schützt und achtet. Gerade deshalb gedenken wir heute der ausgesperrten Kameraden in Westdeutschland.

Freie Gewerkschaftler stehen zusammen mit christlichen und kirchlichen Dunderschen Arbeitkollegen im Abwehrkampf gegen brutales Unternehmertum. Ihnen Gruß und Sympathie! Den Scharfmachern aber sagen wir: Lernet aus dem Schicksal der Reichshaber des Obrigkeitstaates. Monarchistischer Nummenschanz gehört ein für allemal der Vergangenheit an, die deutsche Zukunft liegt im Gedeihen der Republik. Wir geloben, mit aller Kraft für eine soziale Ausgestaltung der Republik zu kämpfen. Wir rufen allen Republikanern zu: Volk, gib acht! Brüder, wacht!

Für die Deutsche Demokratische Partei sprach der Reichstagsabgeordnete Georg Bernhard „Weil“, so sagte er, „durch die Tat, die am 9. November eingeleitet wurde, die deutsche Einheit trotz aller Stürme und trotz des Versagens der alten Reichshaber erhalten wurde, müßte eigentlich der 9. November ein Nationalfeiertag des deutschen Volkes sein. Noch ist die Republik nicht so gesichert, wie man es manchmal anzunehmen versucht wäre. Die monarchistischen Manifeste des Stahlhelms beweisen, daß die Unbelehrbaren noch immer nichts gelernt haben. Es gilt, für die Republik mit dem Arm, für die demokratische Durchsetzung des deutschen Volkes und der Welt mit dem Geist zu kämpfen.“

Das Zentrum vertrat der Reichsbannerkamerad Dr. Schreiner. Auch er legte für seine Partei ein Gelöbniß ab, stets einzustehen für die republikanische Staatsform und verlangte, daß die Linksregierung im Reich eine entschiedene Linkspolitik betreibe. Nachdem er der Toten der Republik, Oberst, Erbsbergers und Rathenows und der unzähligen Namenlosen gedacht hatte, schloß er mit einem Hoch auf das freie republikanische Deutschland, in das die Massen einstimmten.

Der gemeinsame Gesang des Reichsbanner-Bundesliedes bildete den Abschluß der Kundgebung. Unter den Klängen der Markymusik kehrten die endlosen Züge in ihre Bezirke zurück. Die Feier sowohl wie auch der An- und Abmarsch vollzogen sich in muster-gültiger Ordnung. Die Stimmung wurde durch keinerlei Zwischenfälle gestört und getrübt. In der Erinnerung bleibt der Eindruck einer wichtigen, monumentalen, von größtem eindringlichen Ernst getragenen Veranstaltung lebendig.

Der Wertraum der Frau. Eine Ausstellung moderner Küchen.

In der Ausstellung der Arbeitsgemeinschaft für deutsche Handwerkskultur in Charlottenburg, in der Hardenberastr. 33 wird eine Sonderausstellung der Architektenvereinigung „Der Ring“: Die neue Küche gezeigt. Unter der Leitung von Dr. Erna Meyer und Frau Dr. Gründbaum zeigen zehn Architekten moderne Küchen, in der Absicht, die endgültige Form und Größe der Küche in den Wohnwohnungen zu finden. Alle Wohnungsbaumeister sind zu der Ueberzeugung gekommen, daß die Küche keinen Wohnraum, sondern ausschließlich den Wertraum der Frau darstellen soll. Schon vom rein hygienischen Standpunkt haben die Architekten recht. Der Aufenthalt in Räumen, in denen gelocht wird, ist ungesund. Die Grundrisse wurden abändert. Für den Wertraum der Frau wurde nur sozial Platz bewilligt, wie unbedingt erforderlich ist. Der so gewonnene Raum wurde verwendet, in die Wohnung noch eine Kammer einzubauen.

Um den Raum für die Küche soweit als möglich beschränken zu können, war wesentlich, daß die notwendigen Schränke bereits eingebaut werden und daß Kochmaschine, Wasserhahn, Vorrats- und Geschirrschrank so zueinander angeordnet sind, daß die Frau bei ihrer Arbeit die geringstmöglichen Handgriffe auszuführen hat. Das Ideal einer Küche wäre, daß die Frau unmittelbar am Fenster, wo es am besten ist, ihre Arbeitsplatte hat, links davon ihre Geschirrschrank und Vorratschrank und rechts den Kochherd und den Wasserhahn. Dann braucht die Frau keine langen Wege zu machen. Unmittelbar am Arbeitstisch ist alles erreichbar, was zum Kochen und Geschirrwaschen benötigt wird. Küchen nach diesem Prinzip geordnet, werden auf dieser Ausstellung gezeigt. Bei dieser Ordnung ist es möglich, die Küche erheblich, bis auf 4,5 Quadratmeter, zu verkleinern. Diese Herabsetzung — zweigt werden Küchen von 10 und noch mehr Quadratmeter gebaut — würde pro Wohnung eine Ersparnis von rund 500 M. bringen. Bei der Berliner Jahresproduktion an Wohnungen würde eine Gesamtsparsparnis von 12,5 Millionen Mark erzielt werden können. Die gezeigten Küchen sind zum großen Teil bereits in Siedlungshäuser

ES IST EIN DORNBUSCH - EIN KRAGEN - DER IHNEN FREUDE MACHT!



DORNBUSCH-KRAGEN

eingebaut und haben sich, so wird behauptet, recht gut bewährt. Das abschließende Urteil über die moderne Küche werden die Frauen abgeben müssen, die in diesen Küchen ihre Arbeit verrichten. Sicher ist noch vieles Verbesserungsbedürftig.

Wenn die Kasse revidiert wird ... Das Pech eines ungeschickten Kassierers.

Durch eine lächerliche Handlungsweise hat sich der bei der Städtischen Sparkasse beschäftigte Verwaltungsekretär R., ledig, sich weigert er sich einige Stunden vor der Gehaltszahlung in den Besitz des Geldes bringen wollte, nicht nur um seine Stellung und seine Pensionsberechtigung gebracht, sondern sich auch noch die schwere Anklage der Amtsunterstellung zugezogen. R. war seit 1914 beim Magistrat beschäftigt.

Am Tage vor der Gehaltszahlung hatte er eine dringende Zahlung zu leisten und entnahm den Betrag aus seiner Kasse. Da er aber damit rechnen mußte, daß jederzeit eine Revision eintreten könnte, suchte er den Fehlbetrag dadurch zu bemänteln, daß er Zehnpienniarollen durch Umwideln von Papier das Aussehen von Fünzigpienniarollen gab und dementsprechend bezeichnete. Als er am nächsten Morgen zum Dienst erschien, war ein Revisor da und dieser entdeckte den Fehlbetrag. Zu der gleichen Stunde war bereits bei der in demselben Gebäude befindlichen Girokasse die Ueberweisung des Gehalts erfolgt, so daß der Betrag, wenn der Revisor eine Stunde später erschienen wäre, unentdeckt hätte bleiben können. So aber kam es zu der schweren Anklage. Der Vorsitzende des Schöffengerichts Witte, Amtsgerichtsrat Sponer, hielt dem Angeklagten das Lächerliche seines Verhaltens vor, wenn er nämlich einen Zettel mit seinem Namen und dem Betrage, daß er den Betrag entnommen habe, in die Kasse gelegt hätte, würde er wegen dieser Unvorsichtigkeit, da er ja den Fehlbetrag in demselben Augenblick hätte decken können, mit einem Disziplinarverfahren davonkommen sein, so aber war er seiner Beamtenstellung verlustig gegangen. Der Staatsanwalt wollte dem Angeklagten zwar mildernde Umstände bewilligen, hielt kein Vergehen aber für so schwerwiegend, daß er 1 Jahr 3 Monate Gefängnis beantragte. Das Schöffengericht verurteilte den Angeklagten zu der Mindeststrafe von 6 Monaten Gefängnis und billigte ihm volle Bewährungsfrist zu, da er durch den Verlust seiner Stellung ohnehin schon schwer bestraft sei.

Einen Augenblick die Gewalt verloren. Weil er betrunken war.

Das Unglück, das ein wilder Müller am Donnerstag früh in der Königs-Allee anrichtete, ist von der Kriminalpolizei eingehend untersucht worden. Der Schuldige, der Kaufmann Börner, der selbst kleine Verletzungen am linken Arm und der Hand erlitt, gab die ziemlich kindische Erklärung ab, daß er „einen Augenblick die Gewalt über das Steuer verloren“ habe. Ohne seine Kaserne aber wäre das Unglück doch sicher nicht geschehen. Der Wagen hat eine 25 Zentimeter starke Linde glatt umgebrochen und den verunglückten Kaufmann noch 7 Meter weit mitgeschleift. Börner, der stark angetrunken war, wurde von der Inspektion Wilmersdorf wegen fahrlässiger Tötung dem Untersuchungsrichter vorgeführt. Das Mädchen, das ihn auf dem „Ausflug“ begleitete, sitzt noch im Kranzenhaus.

Deffentliche Meinung, Polizei und Rechtsprechung sollten endlich zu der Forderung kommen, von dem Führer derart gefährlicher Fahrzeuge, wie es ein Motorrad oder ein Auto ist, absolute Rührigkeit zu verlangen. Bei der Eisenbahn, Straßenbahn, U-Bahn und Autobussen ist es doch möglich. Wenn sich die Herren Automobilisten selber vorzeitig ins Jenleits befördern wollen, so mögen sie das mit sich abmachen; es geht niemanden etwas an. Wenn aber fortbewegend Unbeteiligten zu Schaden kommen oder gar, wie im Fall Börner, ihr Leben lassen müssen, dann muß es endlich sehr energisch: Schluß mit der Autoraserei! heißen.

Sonnenstipfels. Am 12. November findet eine teilweise Verfinsternung der Sonne durch den vorüberziehenden Mond statt, die in Berlin vormittags von 8.36 Uhr bis 10.48 Uhr verfolgt werden kann. Die Plattform der Treptow-Sternwarte, auf der bei klarem Wetter eine Anzahl von Fernrohren aufgestellt wird, ist zur Beobachtung dieses Ereignisses für das Publikum geöffnet. Liebhaberphotographen ist Gelegenheit zum Photographieren der Finsternis gegeben.

Eine wahre Tier- und Menschenfreundin Eine Bankiersfrau unter Anklage der Tierquälerei.

Vor dem Potsdamer Amtsgericht hatte sich am Donnerstag die 33jährige Bankiersgattin Frieda Leichen aus der Billentafonie Wilhelmshorst bei Potsdam wegen boshafter Tierquälerei zu verantworten. Die Angeklagte besitzt zwei Bernhardiner, zwei Dackel und einen Jagdhund. Der Gatte der Angeklagten ist Bankier in Holland, sie selbst führt in Wilhelmshorst einen groß zugelegenen Haushalt.

Am 2. Juli fuhr die Angeklagte angeblich auf vier bis fünf Tage nach Amsterdam. In ihrer Villa verblieben ihr zehnjähriger Sohn Klaus, ein Gärtner, fünf Hunde und Gertrud, eine 17jährige Hausangestellte. An Wirtschaftsgeld ließ die Angeklagte 20 Mark in bar, 10 Pfund Reis für die Hunde und den täglichen Erlös von Garten-erzeugnissen in Höhe von 1 bis 2 Mark zurück. Ihr Aufenthalt dauerte in Holland etwa drei Wochen. Inzwischen hatten sich tolle Dinge in der Villa zugetragen. Die Hunde lagen zum Sterben abgemagert in einem engen Zwinger und heulten Tag und Nacht. Der Kot drang ihnen bis unter den Bauch. Gertrud hatte sich die besten Crepe-de-Chine-Kleider der Gnädigen angezogen und war mit dem zehnjährigen Klaus öfter nach Berlin gefahren. In einer Servante schenkte die halbverhungerte Hausfrau sechs Kleinen das Leben, ohne auch nur die geringste Nahrung zu erhalten. Der Gärtner war vor Hunger ausgerückt und Klaus, der Sohn, zum Skelett abgemagert, verkaufte für 5 Mark ein Fahrrad und fuhr zu Verwandten nach Halberstadt. Gertrud empfing Berliner Freunde in der Villa, ließ Tag und Nacht das Grammophon spielen, und die Hunde schrien und heulten. Ganz Wilhelmshorst war in Empörung, und schließlich griff der Amtsvorsteher ein. Der Hundezwinger wurde aufgedröhrt und die Tiere in das Tierheim nach Kaputh bzw. bei anderen Willenbesitzern untergebracht. Die Tiere mußten herausgetragen werden, da sie vor Schwäche umfielen. Inzwischen hatte der Gerichtsvollzieher sämtliche Möbel wegen rückständiger Steuern versiegelt. Als die Angeklagte sich in Amsterdam eines Tages erinnerte, daß sie noch einen Sohn, Hausangestellte und Haustiere hatte, rief sie von Amsterdam in ihrer Villa an und erhielt von Gertrud den Befehl: Wir sind alle verhungert. Die Hunde sind weg, Klaus ist weg, der Gärtner ist weg, und heute abend gehe ich zu meinem Freunde nach Berlin. Im Flugzeug kam flugs die Bankiersgattin zurück. Durch ein Toilettenfenster gelangte sie in ihre verschlossene Villa und fand als einziges lebendes Wesen die halbtote Kasse.

Die angeklagte Bankiersgattin wurde auf Staatskosten freigesprochen. Es konnte ihr nicht nach-

gemiesen werden, daß sie gemüht haben muß, daß die Tiere solche grausame Behandlung erlitten würden. Ferner wird der Angeklagten zugute gehalten, daß, als sie von der polnischen Wirtin in ihrer Villa erfahren, auf schnellstem Wege, und zwar im Flugzeug, nach Berlin geeilt sei. Auf dem Gerichtstribunal stehen mehrere Willenbesitzer von Wilhelmshorst gegen die Angeklagte Bewandlungen aus.

In der Tat, die Dame aus Holland muß ein Gewissen mit Schwielen haben, sonst hätte sie doch wohl nicht annehmen können, daß zwei erwachsene Menschen, ein Kind und fünf Hunde in drei Wochen mit 20 Mark und 10 Pfund Reis auskommen. Und das Gericht glaubt ihr das und spricht sie auf Staatskosten, d. h. aus den Steuern der Bürger, frei. Die Angelegenheit dürfte aber die Tierquälerei noch beschäftigen.

Kommunisten überfallen Reichsbanner. Ein Reichsbannermann durch Messerstich verwundet.

Die Kommunisten veranstalteten ihre Revolutionsfeier gestern abend in der „Neuen Welt“, die mit einer großen Freizelei auf dem Hermannplatz endete. Als der Zug des Reichsbanner Reichsbanners vom Gendarmenmarkt durch die Alte Jakobstraße kam, wurde er aufgeleitet. Die Kameraden marschierten auf Anraten der Polizei in losen Trupps auf beiden Seiten des Bürgerstreifens nach Neukölln. Als sie in die Nähe des Hermannplatzes kamen, bemerkten sie, daß einzelne Rotfrontkämpfer nach der „Neuen Welt“ Richtung zum Eintreffen der Reichsbannerkameraden gaben. Als etwa 150 Reichsbannerleute über den Hermannplatz gingen, wurden sie von etwa 500-600 Kommunisten angegriffen, die im Dauerlauf von der „Neuen Welt“ herbeigeleitet waren. Bei der Schlägerei, die sich nun entspann und bei der etwa 1000 Personen beteiligt waren, wurde ein Reichsbannermann durch einen Messerstich am Kopf ziemlich stark verletzt. Die Kommunisten bildeten Streifen, mit denen sie die Straßen Neuköllns durchzogen, um heimgehende Reichsbannerleute zu überfallen.

Die hohen Brot- und Gebäckpreise.

Die Deputation für das Markthallen- und Marktweien teilt mit:

In der letzten Sitzung für das Markthallen- und Marktweien wurde Beschlüsse über die Höhe der Brot- und Gebäckpreise erhoben. Man war der Ansicht, daß in Berlin die Preise für Brot und Backwaren den gesunkenen Mehlpreisen durchaus nicht angepaßt worden sind. Gleichzeitig wurden Klagen darüber laut, daß die polizeilich unterstellten Preisobergrenzen in den Bäckereien in zahlreichen Fällen nicht mit dem tatsächlich verabschlachten Gewicht der Backwaren übereinstimmen. Die Angelegenheit wird in der nächsten Deputationsitzung nochmals behandelt werden.

Vortragskursus bei den Freidenkern!

Der Verband für Freidenkertum und Feuerbestattung e. V. läßt gegenwärtig eine Anzahl Vorträge halten, als deren Referent der Verband den Universitätsprofessor Dr. J. Schaefer (Jena) gewonnen hat. Seine Abhandlungen umfassen das gesamte Gebiet der Erkenntnislehre, z. B. Entstehung und Entwicklung der Natur, Tier, Mensch und Gesellschaft und das Denken; Der dialektische und historische Materialismus; Folgerung: Der Sozialismus. Der Vortragskursus ist in vier Einzelvorträge, die Sonnabends stattfinden, eingeteilt, denen am darauffolgenden Sonntagvormittag eine Kurzarbeitsgemeinschaft folgt, die eine Vertiefung des Gehörten durchnimmt. Am 3. und 4. November nahmen diese Vorträge ihren Anfang. Die Kurzarbeitsgemeinschaft fühlt sich verpflichtet, allen Freidenkern, die den proletarischen Klassenkampf durch den freigeistigen Kampf erfolgreich unterstützen wollen, unbeschadet des ersten Vortrages — der Referent wiederholt, außerdem ist jeder Einzelvortrag ein abgeschlossenes Thema —, die folgenden Vorträge zur Wahrnehmung zu empfehlen; sie finden statt: Am 10., 17. und 24. November, 10 1/2 Uhr, in der Aula des Sophien-Gymnasiums, Weinmeisterstr. 16/17. Die Kurzarbeitsgemeinschaft am 11., 18. und 25. November im Sitzungssaal des Verwaltungsgebäudes des Verbandes, Gneisenaustr. 41. Dortselbst sind noch Teilnehmerskarten zu erhalten. Für die Mitglieder des Verbandes sind die Vorträge völlig kostenlos.

Beantwortlich für Politik: Dr. Curt Geyer; Wirtschaft: H. Klingebiel; Gewerkschaftsbewegung: H. Schlarb; Frauen: A. S. Thiem; Soziale und Sanitäts: Frau Marzahn; Religion: H. Blase; Literatur in Berlin; Verlag: Fortschritt-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Fortschritt-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW 68. Unterstrabe 2. Hierzu 3 Beilagen, „Stadtbeilage“ und „Unterhaltung und Wissen“.

Funkwinkel.

Dr. Hans Lebede unternimmt es, die üblichen Vorstellungen von Schillers Privatleben und Persönlichkeit zu korrigieren. Schiller war alles andere als ein Bathetiker oder ein sentimentales Gemüt. Im Gegenteil, durchaus hetero veranlagt, liebte er elegante Kleidung und gutes Leben. Ganzweilen ist in diesem Zusammenhang auf eine Bemerkung des Literaturhistorikers Hermann Grimm: „In Schillers Haus ging der Wein nie aus.“ Und daß Schiller seinen Verlegern gegenüber ein ungewöhnlich begabter Geschäftsmann war, betont übrigens auch Emil Ludwig in seinem Goethe-Buch. In diesem Zusammenhang sei auch erinnert an die vor 19 Jahren erschienene auch heute noch beachtenswerte Schrift von Franz Rehring: Schiller. — Das Nachmittagskonzert bringt solistische Vorträge. Gitta Casini spielt kleine Kompositionen von Franz Popper, Sarasate auf einem Cello von schönem dunklen Ton und mit einer drauordnen Technik, die vor allem bei Sarasates Zigeunerweisen zum Ausdruck kommt. Der Alt Celli Sendlers, groß und von geistiger Tiefe, besitzt in den höheren Lagen keine einwandfreie Atempolierung. Die Töne verlieren hier an Volumen. Die darauf folgende Wilhelm Busch-Beranstaltung leidet ein wenig darunter, daß der Vortragende Juggi Mue diesen Altmeister des Humors zu sehr auf Kabarett stilisiert. Oskar Strauß' Operette „Eine Ballnacht“ hat eine gut gezielte Ouvertüre und ein paar hübsche Walzermelodien, die jedoch nicht die Qualität des „Walzertraums“ erreichen. Die Aufführung ist zufriedenstellend.



Jeder CONTINENTAL-Reifen hat ein so großes Plus in sich, daß sein Kilometerpreis überhaupt keine Rolle mehr spielt.

Belieferung nur durch Händler.

Die Presse sagt:

Grammophon

Bereitwilliges Vorspiel in allen unseren offiziellen Verkaufsstellen — Deutsche Grammophon-Aktiengesellschaft



„Elektri-Grammophon — „Brunswick“ — und „Polyphon“-Sprechapparate — zu bequemen Teilzahlungsbedingungen

GRAMMOPHON-SPEZIALHAUS
189 FRIEDRICHSTRASSE 189 • BERLIN W • 14 TAUENTZINSTRASSE 14

Theater, Lichtspiele usw.

Freitag, d. 9. 11.
Staats-Oper
Unter d. Linden
12 Uhr: Sinfonie-
Mittagskonzert
20 Uhr
U. Sinfonie-
Konzert

Freitag, d. 9. 11.
Städtische Oper
Bismarckstr.
Taurus III
20 Uhr
Tosea

Staats-Oper
Am Pfl. Republ.
R.-S. 183
20 Uhr
Die heimliche
Ehe

Städt. Schauspielh.
Am Lustgarten
A.-V. 197
20 Uhr
Egmont

Städt. Schiller-Theater, Charlitbg.
20 Uhr
Der Londoner verlorene Sohn.

8 Uhr 55. Barbarossa 9255
Jack Hylton, der ultimative
Jazz-König Europas, mit seinen
12 Solisten und weitere zum ersten
Male in Berlin auftretende inter-
nationale Stars.

Sonabends u. Sonntags
je 2 Vorstellungen
3.30 u. 8 Uhr. — 3.30 zu ermäßig.
Preisen das ganze Programm.

Komische Oper
James-Klein-Revue:
**Tausend
nackte
Frauen!**
Die große Revue der
„Freien Liebe“
Parkett nur 4,50 Mk.

Metropol-Theater

Täglich 8 1/2, 10 Uhr
Friederike
Franz Lehar dirigiert!
Käthe Dorsch
Richard Tauber
Gilde Werner • Wepfermann
Kruftardt • Sternburg
Doro Weg Stinburg • Ralfer-Big
Die Kasse ist den ganzen
Tag geöffnet.
Telephon: Zentrum 378 u. 9393

Renaissance-Theater
8 1/2, Heute 9 1/2
Ton in des Töpfers Hand
von Theodore Dreiser. — Deutsch
von Paul Ezer. Regie: Gust. Hartung.

8 1/2, 10 Uhr CASINO-THEATER 8 1/2, 10 Uhr
Lothringer Straße 37.
**Neu! Neu!
Stöpsel**

Dazu ein erstklassiger bunter Teil.
Für unsere Leser Gutscheine für 1—4 Pers.
Fauten! nur 1,15 M., Sessel 1,65 M.
Sonstige Preise: Parkett u. Rang. 0,80 M.

**Winter
Garten**
Tägl. 8 Uhr
4 Runaways
neueste amerikanische
Excentric-Sensation
und weitere Varietè-
Neuheiten.

Sonabend und Sonntag
je 2 Vorstellungen
3.30 und 8 Uhr
3.30 kleine Preise
Rauchen gestattet

Größtes Schauspielhaus 8 CASANOVA

mit Michael Bohnen. Regie: Charrell.
Sonntag 3 1/2. — Nachmittags-Vorstellung
Die ganze Vorstellung zu halben Preisen.

Theater a. Kottbuser Tor
Kottbuser Str. 6. Tel. Mpl. 16077
Täglich 8 Uhr, auch Sonntag
nachm. 3 Uhr (ermäßig. Preise)
Elite-Sänger mit
„Dietrich, beherrsche Dich!“
Waldensamkeit
Stammisch „Huties“
Volkspreis: Mk. 6.50 b. 2.00, Lozen 2.50

UNIVERSUM
Karl-Liebknecht-Platz 12/13 • Am Lustgarten
Reizgeschmack: Sonntag 1903-24

Hal Sherman
Der bestklingende Tenor der Welt
in jeder Vorstellung

Ein Generalstüß auf die Leuchtbühne
der Publikum... und Harold Lloyd
Man lacht, man gelächelt, man ehrt
und klatscht. R. Z. am Montag.

12 CASINO-GIRLS
von der Scala Kopenhagen
RALPH ERWIN

HAROLD LLOYD
in dem Harold Lloyd-Film des Ufa
**Harold's
liebe Schwiegermama**
Wochentags 7, 9 1/2
Sonabend und Sonntag 5, 7, 9 1/2
Wegen der ungeheuren Nachfrage auch
Sonabend 8 Uhr das ganze Programm
Trotz erhöhter Unkosten Preise der Plätze M. 1.20-6

Theater des Westens

Täglich 8 Uhr:
„Bitte einsteigen“
Revue in 24 Bildern
Musik v. Holländer
mit Josephine Baker
Hal Sherman.

Trianon-Th.
Täglich 8 1/2, 10 Uhr
Skandal um Oly
Erika Giffner.
Helos Salfner
Rundfunkhörer
halbe Preise
Sonabend und
Sonntag 4 Uhr
Schneeweißchen
und Rosenrot

Volksbühne
Theater am Blüowplatz
8 Uhr
**Der lebende
Leichnam**

Theater am
Schiffbauerdamm
8 Uhr
**Die Drei-Groschen-
Oper**

Thalia-Theater
8 Uhr
**Schneider Wibbels
Auferstehung**

Städt. Schiller-Th-
8 Uhr
**Der Lant'ner ver-
lorene Sohn**

Staatoper am Platz
der Republik
8 Uhr
Die
heimliche Ehe

Kammerspiele

Norden 12310
U. Ende nach 10
Uhr
**„Ehen werden im
Himmel geschlossen“**
Komödie von Walter
Hasenclever

Die Komödie
Bismarck 241/7516
U. Ende 11 1/2 Uhr
**Eltern und
Kinder**
Komödie
von Bernard Shaw

WALLER-REVUE
„Schön und
schick“
In der Admiralsplatz
Täglich
8 1/2, 10 Uhr

Thalia-Theater
Bresdener Str. 72-7.
8 Uhr
**Schneider Wibbels
Auferstehung**
Reinhold. Gedruckt.

Lustspielhaus
Täglich 8 1/2, 10 Uhr
**Arm wie eine
Kirchenmaus**

Deutsches Theater
Norden 12310
Vorverkauf
auch im Pavillon d.
Reinhardttheater,
Kurfürstendamm,
Ecke Uhlandstraße
Bismarck 448 u. 449.
8 Uhr, Ende gegen 11

Die Verbrecher
Schauspiel von
Ferdinand Bruckner

Bekanntmachung.

Für den Kreis Niederbarnim ist für
die Zeit vom 17. bis 20. November 1928
(Sonabend, Sonntag, Montag und
Dienstag), und zwar in der Zeit von
4 Uhr nachmittags (18 Uhr) bis zum
ersten Tages um 4 Uhr nachmittags (18 Uhr)
des letzten Tages eine allgemeine Fellen-
verteilung angedacht. Begehrter sind
u. a. auch alle Besitzer von im Kreis
Niederbarnim befindlichen Wohnhäusern
u. s. w. Die näheren Anordnungen sind
im Nummer 20 des Niederbarnimer
Kreisblattes vom 7. November 1928 (Ver-
öffentlichung in Danneburg) veröffentlicht.
Wer den von mir getroffenen Anord-
nungen zuwiderhandelt, wird nach den
geltenden diesbezüglichen Vorschriften
mit Geldstrafe bis zu 150 RM. oder mit
entwedernder Haft bestraft.
Berlin, den 8. November 1928.
Der Landrat des Kreises Niederbarnim,
T. N. 4670.

Metallbetten 12⁵⁰
Kinderbett.. Chaiselong. 26.—
Polst.-Stahlmatt., Sofas, Internat.
Göhr Berlin, Pappelallee 12
Pankow, Schmidtstr. 1

Zu noch nie
dagewesenen Preisen
bringen wir
**Stores, Gardinen,
Bettdecken**
Künstler-Gardinen in besten
Qualitäten für 5,90, 7,50, 8,90 M.
Halbstores in allen Webarten
1,75, 4,30, 5,50 8.— M.
Gardinen-Reste Einzel- oder
Ganzstücke zum halben Preis.
— Einzelverkauf von 9—7 Uhr.
Spezial-Gardinen-Werkstätten
Neukölln, Bergstr. 67
2. Stock, am Ringbahnhof
Kein Laden!

Möbel
Fabrik
Schefflan
Rosenthaler Str. 56
**Speise-
von 275.— an
Herren-
von 275.— an
Schlaf-
Zimmer
von 360.— an**

Teilzahlung
Elegante Damen- und
Herrengarderobe
fertig und nach Maß
Niedrigste Preise!
Maß-Schneiderei
Julius Fabian
Gr. Frankfurter Str. 37 (Kein Laden, nur 2. Ely).
Schöneberg, Hauptstraße 158, 1.

Sag es mit ELECTROLA

Glücklich

ist die alte Dame über die Möglich-
keit, durch „Electrola“ im eigenen
Heim gute Musik nach eigenem
Geschmack zu hören.

Das „Electrola“-Raten-System erleichtert
die Anschaffung der Instrumente.
Geringe Anzahlung, kleine Monatsraten.

Vorspiel ohne Kaufzwang bei allen
„Autorisierten Electrola Verkaufsstellen.“



ELECTROLA GES. M. B. H. BERLIN
W. 8 LEIPZIGERSTR. 23 + W. 15 KURFÜRSTENDAMM 35
FRANKFURT 4/4 GOETHESTR. 3 + KÖLN 4/4 RH. HOHESTR. 103

Theater am
Nollendorferplatz
Täglich 8 1/2, 10 Uhr
**Schwarzwal-
mädel**
Operette in 3 Akten
Sonabend
nachmittags 4 Uhr
Das neugierige
Sternlein

Borsowsky-Bühne
F. Köpferstr. 94.
Täglich 8 1/2, 10 Uhr
Der Frauenarzt
Schauspiel von
Hans J. Rehlisch
Stg. nachm. 3 1/2, 5 Uhr
Kleine Preise
Der rote General

Komödiendhaus
Tgl. 8 1/2, Ende 10 1/2
Perlenkomödie
von Bruno Frank
Stg. nachm. 3 1/2, 5 Uhr
Kleine Preise
Mein Vater hat
Recht gehabt

Th. in der Lützowstr.
Kurt. 9204.
Tgl. 8 1/2, Sonnt. 4 U.
L. M. Lomme
in:
**„Ruzendorf
auf Welle 6,5“**
Rundfunkhörer:
halbe Preise
Sonabend 4 Uhr
Klein Hockepuck.

Schiller-Theater
Des. Künstler-Th.
8 Uhr
**Die Herzogin
von Chicago**
Dor. im Operntheater
8 1/2, 10 Uhr
Aib. Bassermann,
Lucie Mannheim
„Herr Lambert“
Drama von
Louis Verneuil.

Rosa-Theater
in Frankfurter Str. 113
8 1/2, 10 Uhr
R. D. Verschwander

Reichshallen-Theater
Abends 8
Sonnt. nachm. 3
Steffner Sänger
Neu! Neu!
Hamlet im Heringsladen
Burlenke v. Meysl
Nachm. halbe Preise, volles Progr.
Donnerst. 8 1/2
Varietè — Konzert — Tanz.

Wintelhausen
die deutsche Weinbrandmarke



Wenn
jemand krank
wird in der Familie,
so wirkt ein Gläschen
Wintelhausen-Weinbrand
oft Wunder. Wenn Sie Be-
such bekommen, so legen Sie mit
einem wirklich guten Weinbrand
zum Frühstück und als Schlaftrank, zur
Anregung u. zur Beruhigung, zur inner-
lichen Gewärmung und damit Ihnen das
Gefühl besser bekommt — immer ist ein schön
ausgereifter, gehaltvoller und doch milder
Weinbrand willkommen. „Alte Reserve“
hundertfach im Bistett. delizios im Ge-
schmack, sei Ihr guter Hausgeist!

Alle Reserve
Wintelhausen
die deutsche Weinbrandmarke

Der neue Reichshaushalt.

Notjahr 1929.

Das Reichskabinett hat sich am Mittwoch zum erstenmal mit dem Reichshaushalt für 1929 beschäftigt. Wenn die Reichsregierung diese Arbeiten erst jetzt aufgenommen hat, so liegt das vor allem an der Ungeklärtheit der politischen Verhältnisse. Andererseits sind diesmal bei der Aufstellung des Etats außergewöhnliche Schwierigkeiten zu überwinden.

Es besteht kein Zweifel, daß das kommende Rechnungsjahr für die Reichsfinanzen ein ausgesprochenes Notjahr sein wird. Die Schatzkammer des Reiches ist abgelaufen; 1929 wird das Reich zum ersten Male die volle Reparationsbelastung zu tragen haben. Daraus entsteht für den Reichshaushalt eine Mehrausgabe von über 300 Millionen Mark. Hinzu kommen zwangsläufige Mehrausgaben von über 40 Millionen Mark infolge der nun der letzten Regierung durchgeführten Befehlshaberreform. Diesen Mehrausgaben von rund 350 Millionen stehen nicht nur keinerlei Mehreinnahmen, sondern Einnahmeausfälle gegenüber.

Die Regierung des Bürgerblocks hatte die drohenden Mehrausgaben des Rechnungsjahres 1929 bereits ständig vor Augen. Sie hat trotzdem nichts getan, um die Ueberwindung des Notjahres durch Ansammlung von Reserven zu erleichtern. Statt Reserven zu schaffen, hat sie die vorhandenen Reserven ausgezehrt. Der Finanzminister Dr. Kähler machte sich die Bedienung des Etats 1929 außerordentlich leicht. Er verbrauchte einfach die Reste der Ueberschüsse aus dem Vorjahr in Höhe von rund 100 Millionen und den Rest der Einnahmen aus der Münzprägung in Höhe von 175 Millionen. Im kommenden Jahr fehlen diese einmaligen Einnahmen des Rechnungsjahres 1928 von mehr als 300 Millionen. Die Reichsregierung steht also vor der schmerzlichen Aufgabe, nicht nur für 350 Millionen unermessliche Mehrausgaben, sondern auch für fast ebenso viel weggefallene Einnahmen Deckung zu schaffen. Ein Sach von nahezu 700 Millionen muß gestopft werden.

Unter diesen Umständen muß das Kabinett in erster Linie dafür sorgen, daß alle entbehrlichen Mehrausgaben vermieden werden und der ganze Etat gründlich auf Gripaxniffe durchgeführt wird. Aber dieser bedeutsamen Streichungsarbeit ist eine doppelte Grenze gezogen. Einmal durch die Zwangsläufigkeit großer Ausgabeposten, wie Besoldungen, Kriegsbeschäftigtenrenten, Kriegskosten, Reichsschuld usw. Sie machen zusammen mehr als 5 Milliarden aus und ihre Streichung ist unmöglich, weil sie gesetzlich festgelegt sind, es also in jedem einzelnen Falle einer Änderung der Gesetzgebung bedürfte.

Die zweite Grenze für Ausgabeverminderungen ist durch die Ausgaben für soziale Zwecke gesteckt. Die Bürgerblockregierung konnte die sozialen Ausgaben des Reiches mit großer Rücksichtslosigkeit zusammenstreichen; eine Regierung, an der die Sozialdemokratie führend beteiligt ist, muß alles davon lassen, um dem neuen Etat ein soziales Gesicht zu geben. Der Ausgang der Wahlen und die veränderte Zusammensetzung der Regierung verlangen ihren sichtbaren Ausdruck in der Ausgabenwirtschaft des Reichs auf sozialpolitischem Gebiet. Daher muß der neue Reichshaushalt sozialpolitische Mehrausgaben bringen, wenn auch ihr Umfang durch die außerordentlich ernste Lage der Reichsfinanzen leider beschränkt ist.

Da das Reich im Etat 1929 durch Ausgabestreichungen nicht allein zu schließen ist, lassen sich Steuererhöhungen nicht umgehen. Immerhin steht noch nicht genau fest, wie groß der Betrag ist, der durch steuerliche Mehreinnahmen gedeckt werden muß; infolgedessen besteht auch noch keine Klarheit darüber, welche Steuern herangezogen sind. Fest steht nur der Entschluß der Regierung, unter keinen Umständen einen Defizitetat vorzuliegen, sondern jeden offenen und verdeckten Fehlbetrag zu vermeiden. Dieser Entschluß ist aus außen- und innenpolitischen Gründen nur zu begrüßen.

Parlamentwahl in Großbritannien.

Wahrscheinlich im Mai.

London, 8. November. (Eigenbericht.)

Ministerpräsident Baldwin erklärte im Unterhaus, es sei „völlig ungemiß“, wann die nächste allgemeine Wahl vorgenommen würde. Man nimmt in London jedoch an, daß die Neuwahlen bereits im kommenden Mai unmittelbar nach der Einbringung des nächsten Budgets, das eine Reihe von Steuererleichterungen für das beliehende Bürgertum enthalten soll, erfolgen werden.

Bei den schottischen Kommunalwahlen hat die Arbeiterpartei insgesamt 40 Sitze gewonnen.

Der Senat von USA.

Größter Sieg der Republikaner seit 35 Jahren.

New York, 8. November.

Die Republikaner werden am 4. März, wenn der Kongreß zusammentritt, im Senat mindestens 13 Stimmen mehr haben als die Demokraten und im Repräsentantenhaus 81 Stimmen mehr. Die Zahl der republikanischen Senatoren steigt ist die größte seit 35 Jahren. Franklin Roosevelt, ein engerster Vetter des früheren Präsidenten Roosevelt, der Demokratischen Partei angehört, hat bei den Gouverneurswahlen für New York 28.900 Stimmen auf sich vereinigt und gilt, obwohl aus 66 Wahlbezirken die Ergebnisse noch ausstehen, als gewählt.

Es wird angenommen, daß dem Repräsentantenhaus 253 Republikaner, 174 Demokraten und zwei Angehörige der Farmerpartei, dem Senat 57 Republikaner, 33 Demokraten und 1 Farmer angehören werden. Der einzige sozialistische Vertreter im Repräsentantenhaus, Victor Berger, ist nicht wiedergewählt worden. Zum ersten Male seit 1899 wird wieder ein Regier Decar de Priest aus Chicago einen Sitz erhalten.

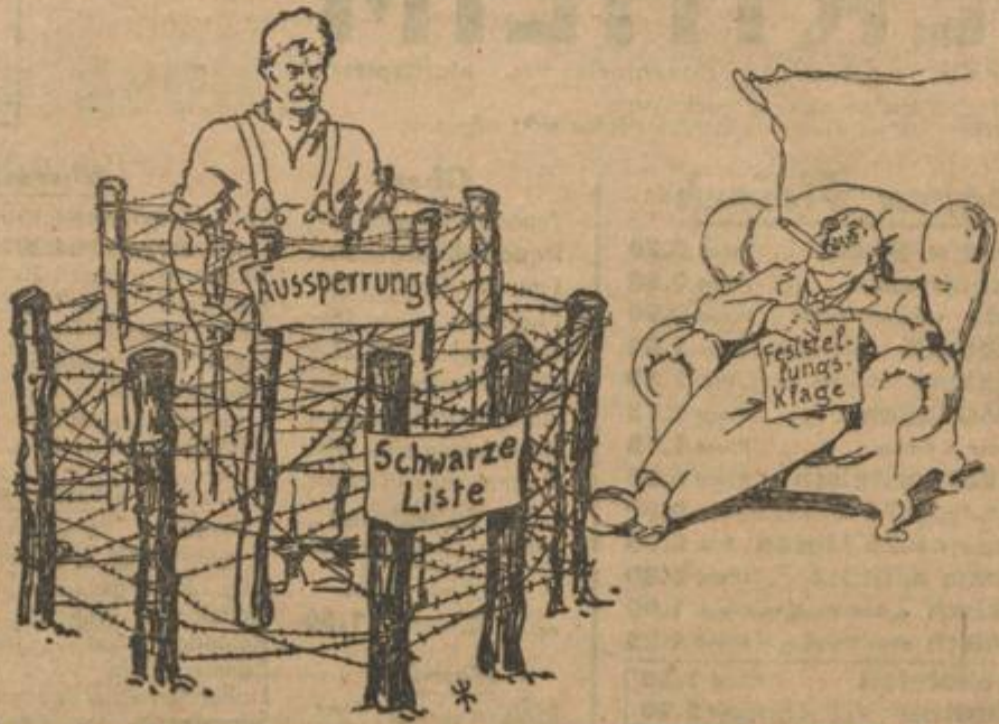
Mißerfolg der Arbeiterparteien.

London, 8. November. (Eigenbericht.)

Bei der nordamerikanischen Präsidentschaft hat der sozialistische Kandidat Thomas nur 300.000 Stimmen erhalten — rund 100.000 weniger als Debs im Jahre 1920. Diese geringe Stimmenzahl wird darauf zurückgeführt, daß viele Sozialisten für den demokratischen Kandidaten Smith gestimmt haben, weil die Kandidatur Thomas von vornherein ganz aussichtslos war. Der Kommunist Foster erhielt nur 100.000 Stimmen.

Doch Arbeitererzählung in Innsbruck. Der zum zehnjährigen Bestand der Republik geplante sozialdemokratische Umzug in Innsbruck ist wieder freigegeben worden, da eine Regierung erzielt worden ist, die eine Störung der Aufstellung der Bundesgruppen für die offizielle Feier sowie einen Zusammenstoß mit dem Heimwehrtumzug ausgeschlossen erscheinen läßt.

Der Unternehmerstandpunkt.



„Ob uns das Recht zusteht, diesen Arbeiter verhungern zu lassen, das betrachten wir Unternehmer als eine in aller Ruhe auszuforschende Rechtsfrage.“

Doumergue empfängt weiter.

Noch keine Lösung gefunden. — Die Meinung der Sozialisten.

Paris, 8. November. (Eigenbericht.)

Aus den Beratungen des Präsidenten der Republik Doumergue ist der Reiter aus der Regierungstrife noch nicht entsprungen. Das ist nur zu begreiflich. Die Politiker, die der bürgerlichen Mitte und der Rechten angehören, schwören noch immer ausschließlich auf Poincaré. Die Sozialisten dagegen, die am Donnerstag hier an der Zahl, im Einjeh vortraten, nämlich Vincent-Kuriol, Renaudel, Paul Faure und Petrottes ließen keinen Zweifel darüber, daß

die „Nationale Einheit mit oder ohne Poincaré nicht mehr zum Leben zu erwecken“ sei, sondern daß nur noch eine Mehrheit mit dem Schwestergewicht nach links

in Frage kommen könnte. Zu erwähnen ist noch, daß der Präsident der Republik am Donnerstag auch noch eine halbstündige Unterredung mit dem Gouverneur der Bank von Frankreich über die Währungs- und Finanzlage Frankreichs hatte.

Ausführlicher als die Parole der Politiker bei Doumergue sind unbedingt die Verhandlungen, die seit Mittwoch in der Kammer um die Bildung einer republikanischen Konzentration geführt werden. Als Führer einer derartigen Konzentration kommen in erster Linie Briand und Lardieu in Frage; außerdem werden auch Clementel und der Generalresident von Marotta Etrog genannt.

Kuriol und das Koalitionsproblem.

Paris, 8. November.

Vincent Kuriol erklärte beim Verlassen des Elysee dem Havas-Berichterstatter zufolge:

Unsere Partei wird jede Reform- und Fortschrittspolitik unterstützen. Wir sind der Ansicht, daß diese Politik eine in sich zusammenhängende Mehrheit voraussetzt. Um diese Mehrheit zu erhalten, muß man wissen, aus welchen Elementen sie zusammengesetzt werden wird, und ob die Sozialisten dazugehören werden. Das wird abhängen von der Wahl der Ministerpräsidenten, die der Präsident der Republik, und

von der Wahl der Minister, die der Ministerpräsident trifft, und endlich vom Programm der Regierung.

Als Journalisten ihn fragten, ob Sozialisten eventuell in die Regierung eintreten würden, antwortete Vincent Kuriol: Das wird von der Wahl des Ministerpräsidenten abhängen, aber ich glaube nicht, daß dieser Fall diesmal eintreten wird.

Die Radikalen wehren sich.

Paris, 8. November. (Eigenbericht.)

Die radikale Kammerfraktion hat am Donnerstagabend eine Entschließung angenommen, in der zunächst festgestellt wird, daß der Parteitag in Angers durchaus der Tradition aller Parteien gefolgt sei und nur von seinem guten Rechte zur freien Meinungsäußerung und Entschliegung Gebrauch gemacht habe, um das Programm der Partei festzulegen. Angesichts dieser Tatsache sei es ein unqualifizierbares Vorgehen, wenn die Gruppe Marin unter dem Schutze der nationalen Union eine wilde Heftkampagne gegen die Radikalen loslasse. Das sei ein Mandat der politischen Erpressung und der Spitzritze, das auf das entschiedenste zurückzuweisen sei. Die Gruppe Marin enthülle damit nur ihre wahre Absicht: die „Nationale Einheit“ als Waffe gegen jeden Fortschritt, gegen die Republik und die Demokratie zu mißbrauchen.

Sozialistische Kammerfraktion einstimmig für Boncour.

Die sozialistische Kammerfraktion hat heute einen Bericht Paul Boncours über die Arbeiten der letzten Bänderbundsversammlung entgegengenommen. Seine Ausführungen wurden einstimmig gebilligt. Gegen einen Antrag, dem französischen Bänderbundesdelegierten die Glückwünsche der Fraktion auszusprechen, wandte sich Vincent Kuriol mit dem Hinweis, daß die Annahme eines derartigen Antrages dazu führen würde, die sozialistische Parlamentsfraktion mit dem ständigen Verwaltungsausschuß der Partei in Schwierigkeiten zu bringen. Da trotzdem der betreffende Antrag aufrechterhalten wurde, vertagte sich die Fraktion, um am Nachmittag Beschluß zu fassen.

Erweiterung der Unfallversicherung.

Die Regierungsvorlage vor dem Sozialpolitischen Ausschuß

Der Sozialpolitische Ausschuß des Reichstages beschäftigte sich am Donnerstag mit der Vorlage zur Erweiterung der Unfallversicherung. Es handelt sich um die Ausdehnung der Versicherung auf eine Reihe von Betrieben, deren Arbeitnehmer besonders gefährdet sind, wie Feuerwehren, Krankenhäuser, Heil- und Pflegeanstalten, Theater, Kinos, Laboratorien usw.; auch die Lebensretter fallen in den Bereich der Unfallversicherung kommen. Im allgemeinen erstreckt sich der erweiterte Schutz der Unfallversicherung nur auf das technische Personal, nicht auf das Bureau- und Verwaltungspersonal. Bei den Schauspiel- und Kapellmeister, Musiker und sonstiges künstlerisches Personal, dessen Jahresarbeitsverdienst 8400 M. übersteigt, nicht einbezogen. Das gleiche gilt für Ärzte und Medizinalpraktikanten in den Krankenhäusern, soweit es sich nicht um Ärzte in den Laboratorien und Röntgenanstalten handelt. Die Schwestern von Diakonissenhäusern, vom Roten Kreuz und Ordensschwwestern sind nur dann von der Versicherung befreit, wenn sie eine lebenslängliche oder eine der reichsgesetzlichen Unfallversicherung entsprechende Versorgung haben.

Die vorschläge Ausnahmestimmungen der Vorlage wurden in der Aussprache scharf kritisiert. Weiterberatung Freitag.

Vereinigung Waldeck-Preußen.

Der Reichstag stimmt, wie es die Verfassung verlangt, dem Gesetzentwurf über die Vereinigung von Waldeck mit Preußen zu. Die Vereinigung soll vom 1. April 1929 ab geschehen.

Der Entwurf des Reichsgesetzes ist vom Reichsminister des Innern nunmehr dem Reichstag vorgelegt worden. Die Zahl der deutschen Länder vermindert sich von 18 auf 17. Preußen erhält durch die Hinzulegung des waldeckischen Gebiets einen Zuwachs von 1055 Quadratkilometer mit ungefähr 56.000 Einwohnern.

Die Gesamtstimmenzahl der Länder im Reichstag vermindert sich um 2 Stimmen. Es fällt nicht nur die dem Lande Waldeck zustehende, bisher in der überwiegenden Mehrzahl der Fälle von Preußen geführte Stimme weg, sondern auch Preußen selbst muß eine eigene Stimme abgeben, weil es sonst nach Wegfall der waldeckischen Stimme über mehr als zwei Fünftel aller Reichsratsstimmen verfügen würde, was nach Art. 61 der Reichsverfassung unzulässig ist. Nach Abzug dieser beiden Stimmen wird die Gesamtstimmenzahl im Reichstag 66 betragen, wovon 26 auf Preußen entfallen.

Autonomistenmandate annulliert.

Deftige Debatte in der französischen Kammer.

In der Pariser Kammer kam es gestern abend zu einer außerordentlich bewegten Debatte über die geforderte Ungültigkeitserklärung der Mandate Riélin und Koffés. Gegen Schluß wurde Riélin das Wort erteilt, um sich gegen schwere Vorwürfe zu verteidigen. Die Debatte endete damit, daß der Fünftel aller Reichsratsstimmen annulliert, mit 220 gegen 38 Stimmen — also bei etwa 250 Stimmenthaltungen! — angenommen wurde.

Kunstinachrichten.

Mauriz Stiller, Schwedens größter Filmregisseur, ist in Stockholm nach langem Krankenlager im 45. Lebensjahr gestorben.

Opernsänger Maria Battistini ist in Calle Boecaro (Abbruzzen) einem Herzleiden erlegen. Er war über 70 Jahre alt.

Die Frage der Reichsreform. In Ausführung des Beschlusses, durch den der Verfassungsausschuß der Länderkonferenz am 24. Oktober zwei Unterausschüsse eingesetzt hat, sind diese vom Reichsminister des Innern zur Konstituierung und Festlegung des Arbeitsprogramms auf Sonnabend, den 10. November, nach Berlin berufen.

Aus dem Ruhrkampfgebiet.

Appell an die öffentliche Meinung.

Die Bezirksleitung Essen des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes schreibt uns: Die Arbeitgeber haben während dem Verlauf des Kampfes mit großer Energie versucht, der Öffentlichkeit die Meinung beizubringen, daß die Gewerkschaften im Unrecht sind. Es darf wohl ohne Übertreibung gesagt werden, daß die öffentliche Meinung, nachdem die Arbeitgeber am 1. November die Aussperrung durchgeführt und damit einen offensichtlich tarifrechtlichen Verstoß begangen haben, sich ganz erheblich zugunsten der Arbeiter eingestellt hat. Sie verharren aber trotzdem bei ihrer Ansicht und scheuen sich nicht einmal, eine Feststellungslage beim Arbeitsgericht in Duisburg anhängig zu machen, um den Beweis erbringen zu lassen, daß der Schiedsspruch formell und materiell ungeschicklich ist. Ein hoffnungsloses Beginnen. Es soll der endgültigen Stellungnahme der drei Metallarbeiterverbände hier nicht vorgelassen werden; außerdem hat ja auch bereits der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund in einem recht treffenden Artikel die Unhaltbarkeit der Behauptungen der Arbeitgeber dargelegt.

Seit fünf Jahren

wird die Praxis, wie sie im Schiedsverfahren am 26. Oktober zu verzeichnen war, in tausendfacher Ausführung ohne Widerstand geübt und ausgerechnet bei diesem Schiedsspruch kommt der Arbeitgeberverband Nordwest zu der Behauptung, daß der Schlichter allein seinen Schiedsspruch fällen kann.

Der zweite Einwand, daß der Schiedsspruch den Rahmenvertrag verletze, ist noch weniger haltbar. Seit dem 18. Januar 1924 besteht zwischen den Organisationen und dem Arbeitgeberverband Nordwest ein Lohnvertrag, in dem der Grundlohn des Facharbeiters (Schlosser, Dreher) auf 50 Pf. pro Stunde festgelegt wurde. Dieser Grundlohn besteht heute noch. Bei den nachfolgenden Lohnerhöhungen einschl. des letzten Schiedsspruches wurden zu diesem Grundlohn die festen Zulagen jeweils erhöht, damit, auf eigenen Wunsch der Arbeitgeber, die Akkorde nicht immer wieder ungerechnet werden brauchten. Zwischen dem Zeitpunkt seit Beheben des gültigen Lohnabkommens wurde

der Rahmenvertrag zweimal geändert.

ohne daß auch jemals seitens der Arbeitgeber irgendwelche Beanstandungen erfolgt sind.

Die mit den Tarifverträgen Nordwest Vertrauten betrachten dieses Vorgehen der Unternehmer als ein Täuschungsmanöver, ein Verlegenheitsprodukt, um dem prinzipiellen Vorwurf des Tarifvertragsbruchs öffentlich entgegenzuwirken.

Die Metallarbeiterorganisationen sehen den Verhandlungen am 12. November beim Arbeitsgericht in Duisburg zuversichtlich entgegen.

Die Pressmeldung, daß die Metallarbeiterorganisationen bereits eine Schadenersatzklage gegen den Arbeitgeberverband eingereicht haben, ist ebenfalls unrichtig. Diese und ähnliche Fragen sind weiteren Verhandlungen vorbehalten.

Der Kampf erfordert ungeheure Opfer. Den Unorganisierten wird es eine bittere Lehre sein, zumal es die Gewerkschaften seit Jahren an Mahnungen nicht fehlen ließen, sich und ihre Familien vor kommenden Kämpfen zu sichern. Die organisierte Arbeiterschaft steht dem weiteren Fortgang des Kampfes mit voller Zuversicht entgegen.

Ausländische Beurteilung der Aussperrung.

Essen, 8. November.

In einer stark überfüllten Versammlung des Christlichen Metallarbeiterverbandes sprach heute mittag das Mitglied des Internationalen Arbeitsamtes, Heuveler, über die ausländische Beurteilung des Nordwestkonflikts. Er sagte, die Tatsache der Lohnerhöhungs-

forderung interessiere das Ausland weniger, dagegen beobachte es mit gespannter Aufmerksamkeit die Form dieses Kampfes.

In den letzten Jahren sei in mehreren ausländischen Staaten verhandelt und beraten worden über den Ausbau des internationalen Schlichtungswesens für Arbeitszeit- und Lohnkonflikte und immer wieder habe man die Blicke auf das Mutterland der Sozialpolitik, auf Deutschland, gerichtet, weil man von Deutschland auf diesem Gebiet eine vorbildliche Lösung erwartet habe.

Dieses Vertrauen in Deutschland sei durch die Form, in der die Arbeitgeber den Konflikt entzweit hätten, und durch die Art, wie sie den Kampf gegen die staatlichen Schlichtungseinrichtungen führten, schwer erschüttert worden. Es sei demgegenüber Pflicht der Arbeiter, durch eine musterhafte Führung des Kampfes die ausländischen Sympathien für Deutschland zurückzugewinnen und zu verfestigen.

Der Leiter der Versammlung erklärte, daß wegen der ungeklärten Rechtslage der Konflikt sich noch Wochen hinziehen könne. Die Gewerkschaften würden eventuell dazu übergehen müssen, ihre Unterstützung an die Aussperrten als Darlehen zu betrachten, um der Möglichkeit zu begegnen, daß diese Unterstützungen auf Leistungen der Wohlfahrtsämter angerechnet würden.

Beiratung des Metallarbeiterverbandes.

Der Beirat des Deutschen Metallarbeiterverbandes tritt heute, Freitag, in Stuttgart zusammen, um zu der Gesamtlage Stellung zu nehmen.

Gegen Notstandsarbeiten durch Angestellte.

Essen, 8. November. (Eigenbericht.)

Der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband hat beschlossen, gegen die Notstandsarbeiten, zu denen die Angestellten von den Werken veranlaßt werden, aktiv einzugreifen.

Entscheidung des Duisburger Arbeitsamtes.

Keine Unterstützung bei Aussperrung.

Duisburg, 8. November.

Der Spruchauschuss des Duisburger Arbeitsamtes beschäftigte sich heute mit der Klage eines ausgesperrten Metallarbeiters auf Auszahlung von Erwerbslosenunterstützung. Der Kläger machte geltend, daß es sich bei der Maßnahme der Arbeitgeber um eine Stilllegung von Betrieben handele, die den arbeitslos gewordenen Belegschaftsmitgliedern Anspruch auf Erwerbslosenunterstützung gebe.

Nach längerer Beratung entschied der Spruchauschuss auf Ablehnung des Antrages, da es sich nicht um eine Stilllegung, sondern um eine Aussperrung handele. Die Voraussetzungen der Stilllegungsverordnung vom 8. November 1920 in der Fassung vom 15. Oktober 1923 seien nicht gegeben.

Die Begründung verweist noch auf den Bericht des Reichstagsausschusses für soziale Angelegenheiten, wonach ein Antrag der Reichstagsabgeordneten Leuch und Genossen: „Arbeitslose, deren Arbeitslosigkeit durch Aussperrung verursacht ist, die unter Bruch des Tarifvertrages vorgenommen ist, erhalten Arbeitslosenunterstützung“ abgelehnt worden sei.

Das Sprüche für die Absicht der Arbeitgeber, Arbeitslosenunterstützung bei Aussperrungen nicht zu zahlen.

Da gegen diese Entscheidung Einspruch eingelegt wurde, wird sich die Spruchkammer in Düsseldorf noch mit der Angelegenheit beschäftigen.

Kommunale Unterstützung beantragt.

Bochum, 8. November. (Eigenbericht.)

Die sozialdemokratische Fraktion der Essener Stadtverordnetenversammlung hat für die außerordentliche Stadtverordnetenversammlung am Sonntag folgenden Antrag eingereicht:

„Wir beantragen die Einrichtung von Volksküchen in allen Stadtteilen, Ausbau der Schulspeisungen, Belieferung der Aussperrten mit Kohle, Kartoffeln und sonstigen Lebensmitteln sowie Winterkleidung. Gas und Elektrizität sind während der Dauer der Aussperrung auf Kosten des Wohlfahrtsamtes zu liefern. Die Abdeckung der erforderlichen Mittel hat durch entsprechende Erhöhung der Gewerbesteuer und Lohnsummensteuer insbesondere der Betriebe der Schwerindustrie zu erfolgen.“

Es ist anzunehmen, daß die sozialdemokratischen Fraktionen der Stadtverordnetenversammlungen in den übrigen Städten des Aussperrungsgebietes diesem Beispiel folgen werden.

Kinder speisung in Duisburg.

Duisburg, 8. November.

Die Stadtverwaltung beabsichtigt, wie mitgeteilt wird, in nächster Zeit in den Volksschulen die Speisung der Kinder der ausgesperrten Arbeiter einzurichten. Bisher verabreichte die Stadtverwaltung täglich 9000 Portionen an bedürftige Schulkinder, doch wurden in den letzten Tagen bereits bis zu 11000 Personen gespeist. Kinder, deren Väter noch in Arbeit stehen, sollen während der Durchführung der neu vorgesehene Maßnahmen von der Schulspeisung ausgeschlossen werden. Dadurch will man erreichen, den Kindern der ausgeschlossenen Arbeiter größere Portionen verabfolgen zu können.

Aussperrungsfolgen.

Düsseldorf, 8. November.

Die Firma Copito u. Klein in Benrath, die nicht Mitglied des Arbeitgeberverbandes ist, und die ohne Betriebsbeschränkung arbeitet, dürfte in absehbarer Zeit mit Schwierigkeiten im Bezug der Rohstoffe zu rechnen haben. Als Vorbeugungsmaßnahme hat die Verwaltung der gesamten Belegschaft von 600 Mann gelüftet. Sollte jedoch eine Einigung im Lohnkonflikt der nordwestlichen Gruppe durchgeföhrt werden, würde diese Maßnahme rückgängig gemacht werden.

Nachen, 8. November.

Infolge der Aussperrung in der Arbeitgebergruppe Nordwest und wegen des voraussichtlichen Stockens der Rohstoffzufuhr hat sich der Schweißer Bergwerksverein gesammelt gesehen, für seine Hüttenabteilung die Stilllegung zum 1. Dezember 1928 zu beantragen. Die Verwaltung erklärt hierzu, daß es sich nur um eine Sicherheitsmaßnahme handele, die zurückgezogen werden würde, sobald der Rohstoffbezug wieder gesichert sei.

Eibersfeld, 8. November.

Aus Bültrath, Kreis Nettmann, wird gemeldet, daß infolge der durch den Eisenkonflikt hervorgerufenen Absatzrückgang in der dortigen Kaltindustrie weitere Betriebsbeschränkungen vorgenommen wurden. Ebenfalls wird die Belegschaft des dortigen Betriebes der Bereinigten Stahlwerke, für den nur wenig Aufträge vorliegen, aussparen müssen.

Forderungen der sächsischen Textilarbeiter.

In der sächsischen Textilindustrie sind vom Deutschen Textilarbeiter-Verband in der Lohnfrage im wesentlichen folgende Forderungen angemeldet worden: für die männlichen Arbeiter eine Erhöhung von 10 Pf., und für die weiblichen eine solche von 8 Pf. pro Stunde; ferner entsprechende Erhöhung der Löhne der Jugendlichen, der Zuschläge und der übrigen Lohnsätze, sowie Beibehaltung der anfertigen Zuschläge.

Für die sächsische Tuchindustrie wurden die gleichen Forderungen erhoben; darüber hinaus wurde für die ausgesprochenen Zeittöhner eine Erhöhung des Zuschlages von 5 auf 10 Proz. gefordert und schließlich noch eine Aufrundung der Bruchzahlen bei der Lohnberechnung.

Verhandlungen sind bis jetzt weder für Sachsen noch für die Lausitz angefangen worden.

Wir wollen Werben mit guter Ware für wenig Geld

10 Sondertage für Schuh u. Strumpf vom 9.-19. 11.



Herren Rindbox-Halbschuh, gute Verarbeitung in Original-Goodyear-Well nur 12⁵⁰

- Damen-Lackspanenschuh, gefälliges Modell, amerikanischer Absatz 7⁹⁰
- Dam. brauner Spanenschuh mit Laufabsatz 8⁰⁰
- Damen echt Boxkalf-Trottel-Spanenschuh 10⁹⁰
- Solider Herrenstiefel, schwarz Rindbox 9⁵⁰
- Herren-Halbschuh in braun oder Lack 11⁹⁰
- Herrenstiefel, beste Rahmenarbeit 14⁵⁰



125 eigene Verkaufsstellen, davon 19 in Groß-Berlin und Potsdam



5⁹⁰

Damen Roß-Chevreaux-Spanenschuh, gefälliges Modell



9⁵⁰

Schwarz Wildleder-Spanenschuh mit Lederemchen, H. L. XV. Absatz schwarz Wildleder-Spanenschuhe, aparte Modelle 10⁰⁰



14⁵⁰

Herren-Halbschuh, vornehme Kombination, schwarz Semikalb mit Lack

Anschauungsunterricht der Unternehmer

Die Techniker werden zum Klassenbewußtsein erzogen.

Der Gau Brandenburg des Bundes der technischen Angestellten und Beamten hielt dieser Tage in Stettin seinen 9. ordentlichen Gau-tag ab. Im Mittelpunkt dieser Kundgebung stand ein Referat des Bundesgeschäftsführers Otto Schweizer über das Thema: „Bedeutung und Wertung der geistigen technischen Arbeit“.

Günther gab dann den Geschäftsbericht, dem zu entnehmen war, daß sich die Mitgliederzahl in der Zeit vom 1. November 1927 bis zum Oktober 1928, in erfreulicher Weise entwickelt hat. Es sei eine Steigerung um insgesamt 15,2 Proz. zu verzeichnen, so daß der Mitgliederbestand am Ende der Berichtsperiode 13 069, unter Einschluß der Jugendlichen und Hospitanten sogar 14 199 gegenüber 11 344 am 1. Oktober 1927 betrage. Dieser Erfolg sei zweifellos nicht nur auf die eifrige Verarbeitung unserer Dringensverordnungen, sondern in erster Linie auf den überzeugenden Anschauungsunterricht der Unternehmer, wie er durch die Aussperrungsmaßnahmen der Industriefirmen im Ruhrgebiet gekennzeichnet wurde, zurückzuführen. Günther schildert sodann die Auswirkungen der neuen sozialpolitischen und arbeitsrechtlichen Gesetzgebung innerhalb des Gaubezirkes.

Auf dem Gebiet des Tarifwesens seien fast überall Fortschritte zu verzeichnen, die sich in prozentualen Erhöhungen der Gehaltsätze und in Verbesserungen der sonstigen Arbeitsbedingungen auswirkten. Allerdings dürfe die Gehaltsentwicklung nicht nur nach prozentualen Erhöhungen beurteilt, vielmehr müssen die absoluten Zahlen kritisch betrachtet werden. Diese aber lassen erkennen, daß die Bezahlung der technischen Angestellten längst nicht in einem gesunden Verhältnis zu der von ihnen verlangten Arbeitsleistung stehe.

Im Anschluß an den Geschäftsbericht wurde eine Entschließung angenommen, die den ausgesperrten Industriearbeitern im Ruhrgebiet die Sympathie und Solidarität der organisierten Techniker zusichert.

Der Bericht des Gauvorsitzenden Lemm behandelte neben verwaltungstechnischen Fragen personelle Veränderungen im Gauvorstand und in der Gauverwaltung. Die gegebenen Berichte werden einer eingehenden, geistig außerordentlich hochstehenden Aussprache unterzogen, die die volle Hebereinstimmung der Mitglieder mit den gewerkschaftlichen Maßnahmen des Bundes im allgemeinen und des Gauverbandes im besonderen erkennen ließ.

Otto Schweizer behandelte dann in einem Vortrag das Thema: „Wirtschaftspolitische Aufgaben der Arbeitnehmer“. Nach einem weiteren Vortrag des Gauvorsitzenden Lemm über „Verbearbeitung“, in dem der Vortragende die anzuwendenden Methoden in der notwendigen Propagandataetigkeit ausführlich schildert, wurden noch eine Anzahl interner Organisationsfragen behandelt. Der Gauleiter, Genosse Günther, wurde vom Gau-tag einstimmig bestätigt.

Bauarbeiter und Aushilfsdienst.

Vor den Delegierten der Berliner Generalversammlung des Bauwerksverbandes sprach am Dienstag im Gewerkschaftshaus der Bundesvorsitzende Genosse Bernhard. Er zog zunächst einen Vergleich zwischen der Stellung der deutschen Gewerkschaften im und zum Staat in der Vorkriegszeit und ihrer heutigen Stellung. Da eine noch viel einflussreichere sein könnte, wenn nicht noch so viele Millionen Werttätige außerhalb ihrer Reihen ständen. Es sei völlig abwegig, auf diesen unvollkommenen Staat zu schimpfen, der in seiner Verfassung alle Möglichkeiten biete, ihn vollkommen und zu einem wirklich sozialen Staat zu machen. Eine der Hauptaufgaben der Gewerkschaften sei es, als mitbestimmende Faktoren in die Verwaltung des Staates zu gelangen, da es meist viel leichter sei, Geleise zu machen, als sie zur Geltung zu bringen. Aus dieser Erkenntnis heraus hat sich auch der Hamburger Gewerkschaftskongress auf den Boden der Wirtschaftsdemokratie gestellt. Der Referent kam dann eingehend auf den Reichsstatutvertrag für das Baugewerbe zu sprechen, der am 31. März 1929 abläuft. Sowie diese schon jetzt fest, daß nicht nur die Bauarbeiterorganisationen, sondern auch die Unternehmer eine ganze Reihe von Abänderungsvorschlägen machen werden, und daß keine der beiden Parteien insoweit sein werde, alle ihre Forderungen reiflos durchzusetzen. Es würden neben vielen anderen Forderungen vor allem die aufgestellt werden, daß der Urlaub besser geregelt und die Rechte der Betriebsvertretung erweitert werden. Wenn schließlich auch in anderen Fragen wie bisher immer Kompromisse geschlossen werden sollten, so müsse aber schon heute erklärt werden, daß es für den Bauwerksverband in der Frage der achtstündigen Arbeitszeit kein Kompromiß geben kann.

Mit der Aufforderung an die Delegierten, alle Kräfte für die bevorstehenden Auseinandersetzungen mit den Bauunternehmern zu mobilisieren, schloß Genosse Bernhard seine Ausführungen, die, abgesehen von einigen „grundrührigen“ Kritiken, die Zustimmung aller Delegierten fanden. In völliger Hebereinstimmung mit sämtlichen Delegierten stellte Genosse Drügemüller zum Schluß noch fest, daß die Berliner Bauarbeiter nicht nur mit ihrem Herzen bei den ausgesperrten in Rheinland, Westfalen, sondern zu jeder Stunde bereit sind, sie auch finanziell zu unterstützen.

Die Jugend im Buchdruckgewerbe.

Am Mittwoch abend gedieh der große Saal des Berliner Gewerkschaftshauses den Jüngern der schwarzen Kunst. Der Verein der Berliner Buchdrucker und Schriftsetzer bereitete den jungen Gehilfen und Lehrlingen im Rahmen einer Festveranstaltung einige frohe Stunden, die zugleich aber auch der Vorbereitung für den nunmehr beginnenden Kampf ums Dasein dienen. In einer kurzen Ansprache wies der 2. Gauvorsitzende Genosse Adreth darauf hin, welche schweren Kämpfe notwendig waren, um nicht nur für die Gehilfenchaft einigermaßen zufriedenstellende Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu schaffen, sondern um vor allem auch die Lehrverhältnisse auf den heutigen Stand zu bringen. Seine bezüglichen Worte klangen aus in der Aufforderung, von nun an Seite an Seite mit den älteren Berufskollegen dafür zu kämpfen, daß das einmal Geschaffene nicht bloß erhalten, sondern ständig verbessert werde. Die musikalischen Darbietungen, die von Mitgliedern des Orchesters der Städtischen Oper in Charlottenburg, vom Buchdruckerchor „Eposaphia“ und vom „Topo-Quartett“ zu Gehör gebracht wurden, fanden begeisterten Beifall.

3. Gau-Metallarbeiter des 13. Gau-Bezirks! Montag, 12. November, 17 Uhr, im Lokal Schlossbau Reinickendorf-West, Schrammstr. 114, Frauentagungsversammlung. Erscheinen aller Genossen im Saal.

3. Gau-Metallarbeiter! Dienstag, 13. November, 19 Uhr, wichtige Frauentagungsversammlung in den Sophien-Sälen, Sophienstr. 17-18. Partei- und Verbandbuch legitimiert. Ohne diese Legitimation kein Zutritt. Der Frauentagungsverband.

Freie Gewerkschafts-Jugend Groß-Berlin

Heute, Freitag, 19 1/2 Uhr, tagen die Gruppen: Kochberg; Jugendheim Schule Gennahurger Str. 20, Lichtbildvortrag: Die FOS, in Wort und Bild. — Hermannplatz; Jugendheim Gendertstr. 11, Café Jodrecht; Vortrag: Die Stellung des Jugendlichen in der Gesellschaft. — Doppelkopplage; Jugendheim Lurmer, Café Seestraße. Vortrag: Die Revolution 1918 und ihre Wirkungen. — Das Jugendreferat ist heute von 17-19 Uhr geöffnet. — Wohnung, Jugendbüro! Deutsches Freitag, Anmeldebüro. Die Wohnungen müssen enthalten: Name, Vorname, Wohnung, Beruf, Verbandsangehörigkeit, Verbandsnummer und Alter.

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angestellten

Heute, Freitag, finden folgende Veranstaltungen statt: **Vanow-Rieder-Schulhaus:** Jugendheim Gendertstr. 14 (Zimmer 5). Vortrag: „Gemeinschaft“. Referent: Friedrich Weigelt. — **Diercke:** Jugendheim Lurmer Straße. Vortrag mit Lichtbildern: „Unter Weidengängen in Frankfurt a. M.“ Referent: Georg Weidmann. (Das Buch zum „Reichsjugendtag“ zum Preise von 1 M. ist heute zu haben.) — **Schwet:** Jugendheim Belle-Alliance-Str. 7-10. Vortrag: „Bub und Ridel“. Referent: Martha Schulz-Frenkel. — **Adenau:** Jugendheim Gennahurger Str. 5, Zimmer 2. Heimbesprechung, anschließend Sing- und Spielabend.

Aus der Partei.

Im Sommererker gestorben ist der georgische Sozialistenführer Ebralidze im Alter von 65 Jahren, von denen er sehr viele in den Reihen der russischen Fremdberrschaft verdrängt hat; nur tragen sie früher den zaristischen Doppeladler — jetzt Hammer und Sichel.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einladungen für diese Rubrik sind stets an den Bezirkssekretariat Berlin G 24 66, Eindeutstraße 4, 2. Hof, 2. Exp. rechts, zu richten.

Achtung, Abteilungsleiter!

Soweit das Ergebnis der Werbeweche noch nicht gemeldet ist, muß die Resultatkarte sofort dem Sekretariat eingehandt werden.

4. Kreis **Wilmersdorf**. Die erweiterte Kreisvorstandssitzung am Montag, 12. November, findet nicht statt.
7. Kreis **Charlottenburg**. Referat: Sonntag, 13. November, Reich der Reichs-Raum. Besichtigung des Reichs- und Reichshaus, des Stadttheaters und der Stadt, zwei Vorträge über „Gemeinschaft“ vom Kreisleiter Genosse Frenkel. Über „Die Aufgaben des Reiches“ vom Genossen Ewald Giering. Abfahrt 8 1/2 Uhr zum Bahnhof Jungfernheide. Fortgesetzte Anmeldung der Teilnehmer spätestens am den Genossen Wilsch, Krumme Str. 42. — Die Reichsreise-Komitees des Bildungsausschusses treffen sich am Sonntag, 10. November, 19 Uhr, im Jugendheim Köpenicker Str. 4, zwecks Abrechnung und Anzeigebildung. — Die jungen Parteigenossen treffen sich jeden Montag im Jugendheim Köpenicker Str. 4 um 10 Uhr. Vortrag, Ausprache.
14. Kreis **Reinickendorf**. Das Parteibüro bleibt heute geschlossen.
17. Kreis **Lichtenberg**. Zur Teilnahme an der Revolutionsfeier im Sportpalast treffen sich die Genossen des Kreises um 18 1/2 Uhr Bahnhof Pöhlitzstraße, unter dem Bülowsbogen.

Heute, Freitag, 9. November.

25. Abt. **Reinickendorf**. Wegen der heutigen Revolutionsfeier findet die Funktionärssitzung erst am Montag, 12. November, statt.
113. Abt. **Schöneberg**. 10 Uhr Revolutions-Gedenkfest im Café Bauhaus Schöneberg, an der Weide. Um rege Beteiligung wird gebeten.
118. Abt. **Lichtenberg**. Die Genossinnen und Genossen treffen sich zur Revolutionsfeier im Sportpalast um 18 1/2 Uhr Bahnhof Pöhlitzstraße. Eintrittskarten sind mitzubringen.
120. Abt. **Agrom**. 10 Uhr Revolutionsfeier im Lokal „Zum Wenzelstein“, Wenzelsteinstr. 1. Referat: Reichstagsbeschlüsse. Preis: Auch Compagnieabend mit „Kampfbüchlein“ und Mitgebrachten.

3. Gau-Metallarbeiter. Gedenkfest am 10. Jahrestag der Revolution! Sammelplatz für alle Parteimitglieder, Reichsbannertruppen und Republikaner: **Reichshaus, Köpenicker Str. 4, 10 Uhr**. Mitbringen von Lichtbildern, Reichs-Compagnie, Gau- und Partei-Verständnis, Fortschritt, Republikanische Hymnen und Weisen! Anreißer des fünfjährigen Bestehens der Buchdruckgewerkschaft in Berlin und Ruhr befindet sich am besten durch wackelige Anteilnahme an unserer Kundgebung den Willen: „Gänge weg von der Republik!“ Der Vorstand.

3. Gau-Metallarbeiter des 13. Gau-Bezirks! Montag, 12. November, 17 Uhr, im Lokal Schlossbau Reinickendorf-West, Schrammstr. 114, Frauentagungsversammlung. Erscheinen aller Genossen im Saal.

3. Gau-Metallarbeiter! Dienstag, 13. November, 19 Uhr, wichtige Frauentagungsversammlung in den Sophien-Sälen, Sophienstr. 17-18. Partei- und Verbandbuch legitimiert. Ohne diese Legitimation kein Zutritt. Der Frauentagungsverband.

ATA
Scheuerpulver

Henkel's Scheuermittel
putzt alles!

Morgen, Sonnabend, 10. November.

1. Abt. 19 1/2 Uhr bei Spiegel, Köpenicker Str. 1, wichtige Funktionärssitzung.
2. Abt. 20 Uhr bei Farnoff, Farnoffstr. 6, Funktionärssitzung. Rege „Kampfbüchlein“-Verteilung ist mitzubringen.
- Charlottenburg. 22. Abt. 20 Uhr Funktionärssitzung bei Fabe, Ralfer, Kugler-Str. 2. Erscheinen dringend notwendig. — 24. Abt. 20 Uhr bei Gager, Querfeldstr. 1, wichtige Funktionärssitzung. Verteilung des „Kampfbüchleins“ trifft sich schon um 19 1/2 Uhr im gleichen Lokal. Erscheinen dringend notwendig.
25. Abt. **Lichtenberg**. Alle Parteimitglieder und sonstigen tätigen Genossen im Gauverband treffen sich zur erweiterten Kreisvorstandssitzung im Genossen Frenkel, Köpenicker Str. 4, 20 Uhr. Wichtiges Tagesprogramm. Riemann darf fehlen.
- Reinickendorf. 26. Abt. 19 1/2 Uhr Funktionärssitzung bei Schröder, Steinmühlstr. 18. — 27. Abt. 20 Uhr bei Frenkel, Köpenicker Str. 4, ab 19 1/2 Uhr wichtige Funktionärssitzung bei Köhnen, Wippenstr. 15-17. — 28. Abt. 19 Uhr bei Frenkel, Köpenicker Str. 4, ab 19 1/2 Uhr wichtige Funktionärssitzung.
187. Abt. **Wilmersdorf**, Ralferstr. und Gennau. 20 Uhr Revolutions-Gedenkfest im Gemeinschaftshaus der Gartenstadt Ralferstr. Gennau, Reinickendorf, Reichs-Raum Köpenicker Str. 4, R. Eintritt frei. Alle Genossinnen und Genossen sowie Compagnieabend und „Kampfbüchlein“-Verteilung sind herzlich eingeladen.
117. Abt. **Lichtenberg**. 19 1/2 Uhr veranstaltet die Abteilung im Lokal im Reichshaus Köpenicker Str. ein gefälliges Beisammeln, verbunden mit einer Jubiläumsfeier. Compagnieabend können von den Mitgliedern eingeleitet werden. — 118. Abt. 19 1/2 Uhr bei Frenkel, Köpenicker Str. 4, wichtige Funktionärssitzung. Alle Funktionäre sind verpflichtet, zu erscheinen.
123. 124. Abt. **Reinickendorf**. 20 Uhr im Lokal Köpenicker Str. 4, ab 19 1/2 Uhr wichtige Funktionärssitzung. Rege Beteiligung wird erwartet.
124. Abt. **Reinickendorf**. 20 Uhr Revolutionsfeier im Lokal Köpenicker Str. 4, ab 19 1/2 Uhr wichtige Funktionärssitzung. Rege Beteiligung aller Genossinnen und Genossen mit Compagnieabend wird erwartet.

Sonntag, 11. November.

2. Abt. Besichtigung der Weillhiller Schule in der Götterburger Str. 2. Fortsetzung: Großbahn 190 ab Frenkelstr. Platz.
27. Abt. **Reinickendorf**. 17 Uhr in Reichs-Raum, Köpenicker Str. 4, ab 17 1/2 Uhr wichtige Funktionärssitzung. Rege Beteiligung wird erwartet.
141. Abt. **Reinickendorf** und **Wilmersdorf**. 10 1/2 Uhr Funktionärssitzung bei Frenkel, Köpenicker Str. 4, ab 10 1/2 Uhr wichtige Funktionärssitzung. Rege Beteiligung wird erwartet.

Frauenveranstaltungen.

7. Kreis **Charlottenburg**. Für die Abteilungen 21, 22, 23 und 24 liegen an den bekannten Stellen für die Abteilungen 24, 25, 26 und 27 im Jugendheim Köpenicker Str. 4 ab Sonntag, 10. November, Flugblätter für die Frauenversammlung am Dienstag, 20. November, zur Verteilung bereit. Die Abteilungsleiterinnen werden gebeten, die Flugblätter möglichst bald an die Kreisleiterin einzurichten.
118. Abt. **Lichtenberg**. Achtung, Genossinnen! Wir treffen uns heute, Freitag, 9. November, 19 Uhr, am Bülowsbogen, zum Besuch der Revolutionsfeier im Sportpalast. An der Feier können nur Genossinnen teilnehmen, die im Besitz eines Eintrittskartens sind, da an der Kasse keine Karten mehr zu haben sind.

Jungsozialisten.

Alle Gruppenveranstaltungen fallen heute, Freitag, 9. November, aus. Wir bitten um geschlossenes an der Revolutionsfeier der Partei im Sportpalast um 18 1/2 Uhr.

Gruppe Schöneberg: Treffpunkt heute, Freitag, 19 Uhr, Bülowsbogen. — **Gruppe Köpenicker Str. 4:** Treffpunkt heute, Freitag, 19 Uhr, Bülowsbogen. — **Gruppe Köpenicker Str. 4:** Treffpunkt heute, Freitag, 19 Uhr, Bülowsbogen. — **Gruppe Köpenicker Str. 4:** Treffpunkt heute, Freitag, 19 Uhr, Bülowsbogen.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde.

Kreis Kreuzberg: Delegierten der Polen treffen sich heute um 19 Uhr in der Götterburger Str. 2.

Geburtstage, Jubiläen usw.

21. Abt. **Reinickendorf**. Heutigen Morgen haben Genossen Paul Schimmelpfennig zu seinem heutigen 66. Geburtstag die herzlichsten Glückwünsche. Wir hoffen, ihn bei bester Gesundheit noch weit länger in unseren Reihen zu haben.

Stierbettel der Groß-Berliner Partei-Organisation

137. Abt. **Reinickendorf**. Am 5. November verstarb unsere langjährige Genossin Marie Henke, Berliner Str. 25. Wir verlieren in ihr eine immer hilfsbereite Genossin, die bereits seit 1909 organisiert war. Ob sie ihren wackelnden Einlieferung am Sonntag, 10. November, 14 Uhr, im Krematorium Gendertstr. Wir bitten um rege Beteiligung.

Hugo Meier
im 51. Lebensjahre.
Dies zeigen hiermit schmerzvoll in tiefer Trauer an Die Hinterbliebenen:
Ww. Martha Meier, geb. Groß, als Ehefrau
Käthe Meier, als Kinder
Erna Meier, als Kinder
Hildegard Meier, als Kinder
Karl Meier und Frau, als Eltern
Auguste Groß, geb. Kollek, als Schwiegermutter

Die Beerdigung findet am Sonnabend, dem 10. d. M., nach 2 1/2 Uhr, auf dem Friedhof in Treptow, Neue Krugallee, statt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungssitz Berlin
Todesanzeige
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Schloffer
Otto Rossi
geb. 17. Juni 1879, am 5. November gestorben ist.
Seine Hinterbliebenen:
Die Einlieferung findet am Freitag, dem 9. November, 15 1/2 Uhr, im Krematorium Gendertstr. statt.
Rege Beteiligung wird erwartet.
Die Ortsverwaltung.

Am Montag, dem 5. November, nach unserm treuen Genossen, Frau
Marie E. Henschke
Reinickendorf-West, Berliner Str. 22
Wir verlieren in ihr eine immer hilfsbereite Genossin. Ihr Andenken werden wir in Ehren halten.
Die 137. Abt., Reinickendorf-West
Einlieferung Sonnabend, nachm. 2 Uhr, Krematorium Gendertstr.

Dankagung.
Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme beim Hinscheiden meines lieben Vaters
Hermann Knaut
sage ich allen Freunden und Bekannten dem Reichshaus, der FOS, dem Arbeitervereinsverein Vanow-Rieder-Schulhaus, der Genossenschaft Eintracht sowie den Mitgliedern des Gaues Köpenicker Str. 4 meinen herzlichsten Dank.
Hedwig Dobrowolski
geb. Knaut als Tochter.

Berliner Uik-Trio
Neukölln, Labstr. 74/75/1

TEILNEHMERKARTEN SIND AM EINGANG ZU HABEN

Vortragskursus bei den Freidenkern!

Sonnabend, den 10. November, 19 1/2 Uhr, Aula Sophienlyzeum, Weinmeisterstraße 16-17

REFERENT: UNIVERSITÄTSPROFESSOR DR. J. SCHAKEL, JENA

DAS GRUNDWISSEN DER FREIDENKER

FÜR FUNKTIONÄRE UNENTBEHRLICH

Gegen Geschäftemacher im Rathaus. Richtigstellung demagogischen Geschreis über „Korruption“.

Je mehr in der Berliner Stadtverwaltung die Sozialdemokratie an Einfluss gewann, desto gehässiger betrieb die bürgerliche Presse die Verbreitung ihres Märchens von der angeblichen „sozialistischen Günstlingswirtschaft“. Gestern konnte in der Stadtverordnetenversammlung unser Genosse Dr. Weinberg öffentlich feststellen, daß selbst der deutschnationale Warrer Koch, als er noch — bis vor kurzem — Stadtverordneter war, in einer Ausschusssitzung zugeben mußte, er habe sich von der Unwahrheit solches Vorwurfs überzogen. Der Magistrat wünschte Bestimmungen, die verhindern sollen, daß Stadtverordnete mit demjenigen städtischen Verwaltungszweig, zu dem sie als Stadtverordnete in Beziehung stehen, Geschäfte machen können. Gleichzeitig wollte er es Stadtverordneten erschweren, Posten von Beamten oder Angestellten im Dienste der Stadt zu übernehmen. Die Linksmehrheit der Stadtverordnetenversammlung sorgte dafür, daß Geschäftemacher durch Annahme der gegen sie gerichteten Bestimmungen ein Riegel vorgeschoben wurde. Sie verhinderte aber, daß die beamteten und angestelltenfeindliche Bestimmung durchdrang. Eine derartige Bestimmung hätte leicht die Wirkung haben können, daß es Beamten und Angestellten verleidet wird, ein Stadtverordnetenmandat zu übernehmen.

Die Versammlung wandte sich alsbald der Beratung einer Vorlage des Magistrats zu, die eine „Ergänzung zur Ordnung für die Vertretung der Stadt in Aufsichtsräten und Generalversammlungen von Gesellschaften privaten Rechts“ zum Gegenstand hat. Die ausschlaggebenden Absätze der Vorlage haben folgenden Wortlaut:

„Mitglieder der städtischen Körperschaften und der Bezirkskörperschaften, welche dem Aufsichtsrat einer städtischen oder zum Teil städtischen Gesellschaft oder der für einen städtischen Betrieb oder eine städtische Dienststelle gebildeten Deputation (Ausschuß, Verwaltungsrat oder ähnlichen Aufsichtsorganen) angehören, dürfen zu dieser Gesellschaft (Betrieb, Dienststelle) keine geschäftlichen Beziehungen aufnehmen oder fortführen, die mit einer entgeltlichen Leistung irgendwelcher Art verknüpft sind.“

Das Bestehen solcher Beziehungen ist dem Magistrat unverzüglich anzuzeigen. Dieser kann Ausnahmen von dem Verbot zulassen, hat jedoch hieron der Stadtverordnetenversammlung unverzüglich Kenntnis zu geben.

Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung oder einer Bezirksversammlung, ebenso unbesoldete Mitglieder des Magistrats oder eines Bezirksamtes dürfen, solange sie das Ehrenamt in diesen Körperschaften ausüben, nicht als städtischer Beamter oder Angestellter angestellt oder in dieser Eigenschaft befördert oder zum Mitgliede des Vorstandes oder zum Geschäftsführer einer städtischen oder zum Teil städtischen Gesellschaft bestellt werden.“

Für die sozialdemokratische Fraktion beantragte Genosse Dr. Weinberg die Wiederherstellung der vom vorbereitenden Ausschuss abgelehnten Vorlage. Für die einzelnen Abschnitte soll nach dem Wunsch unserer Genossen getrennte Abstimmung stattfinden, so daß dann der erste Absatz der Vorlage anzunehmen, der mittlere abzulehnen, der letzte aber abzulehnen wäre. Genosse Weinberg hielt den bürgerlichen und besonders den Rechtsparteien vor, daß sie,

die doch schon so oft über sozialdemokratische Günstlingswirtschaft geyekelt hätten, die Vorlage eigentlich mit Freuden annehmen müßten!

Aber alles Korruptionsgeschrei sei selbst nach dem Zeugnis eines Pfarrers Koch haltlos gewesen. Die Vorlage enthalte in ihrem ersten Abschnitt eine alte Forderung der Sozialdemokratie, die auf dem Umwege über diese Vorlage verwirklicht werden könne. Stadtverordneter Dr. Caspari (D. Sp.) lehnte die ganze Vorlage ab. Er meinte, die Stadtverordnetenversammlung frange gerade daran, daß sich weite Kreise von Handel und Gewerbe von der Mitarbeit in den städtischen Körperschaften zurückgezogen haben, weil sie nicht mehr ein geeignetes Betätigungsfeld fänden. Man könne unmöglich Fabrikbesitzer oder Architekten etwa in die Schuldeputation stecken, wohingegen in den Aufsichtsräten der städtischen Gesellschaften dann Beamte und Lehrer sitzen. Die Stadtverordneten Lange (Z.) und Mitschell (Dem.) lehnten die Vorlage aus den gleichen oder ähnlichen Gründen ab, ihnen schloß sich der deutschnationale Dethleffen an. Der Kommunist Leh trat dem sozialdemokratischen Redner bei.

In der Abstimmung wurde dann gemäß unseren Anträgen beschloffen. Der mittlere Absatz wurde so abgeändert, daß die Anzeige vom Bestehen geschäftlicher Beziehungen nicht dem Magistrat, sondern den Aufsichtsräten, Deputationen usw. zu machen ist.

Das kommunistische Verlangen nach Erlass einer Marktordnung wurde gemäß den Ausschussbeschlüssen befriedigt. Bei der Erledigung einer Reihe kleiner Vorlagen gab eine Vorlage wegen Bewilligung von 40 500 Mark für den Ausbau von Volkswägen in Reinickendorf (die in der Stadt gehörenden Häusern zur Miete untergebracht werden sollten) dem Kommunisten Lange wieder Gelegenheit zum Krakeelen. Diesmal hatte er entdeckt, daß die Verteilung der Volkswägen in Berlin nach bürgerkriegsmäßigen Gesichtspunkten vorgenommen werde. Der Mann erntete — wie immer — Lachen!

Gegen den

Ankauf des Rittergutes Schöneiche

zur Erweiterung der Rieselfelder Länderei und Münchehofe erhoben die Deutschnationalen Protest, weil ja bereits ein neues Verfahren zur Beseitigung der Abwässer Berlins in Vorbereitung sei. Stadtbaurat Hahn erklärte demgegenüber, daß erstens vom Rittergut Schöneiche bereits eine erhebliche Anzahl Morgen berieft werden, daß aber auch das neue Klärverfahren noch lange nicht verwendungsbereit sei. Im übrigen brauche Berlin landwirtschaftlichen Grundbesitz vor den Toren der Stadt nicht nur zur Erzeugung von Gemüse und Früchten,

sondern auch als Wochenendgegend und im weiteren Sinne zur Aufloderung der Großstadt. Trotz dieser für einen ernsthaften Kommunalpolitiker überzeugenden Ausführungen brachte es der deutschnationale Major a. D. v. Jedlin fertig, zu fordern, daß mit dieser „unerlösten Rieselfeldpolitik“ Schluß gemacht werde. „Wollen wir denn alles Land um Berlin herum versumpfen und verstäubeln?“ fragte Herr v. Jedlin. Der Fraktionskollege von Herrn v. Jedlin, Stadtverordneter Dr. Klinghardt, forderte dann nochmals die Rückverweisung des Ankaufs an den Ausschuss. — Die Zurückverweisung an den Ausschuss wurde abgelehnt. Dafür erhoben die Rechten Einspruch gegen die zweite Beratung, so daß also der Ankauf in dieser Sitzung noch nicht beschlossen werden konnte.

Die Demokraten hatten einen Antrag eingebracht, nach dem der Magistrat ersucht wird, bei der Reichsbahn auf einen Neubau der Monumentenbrücke, auf der mehrfach schwere Unglücksfälle stattfanden, zu dringen. Der Antrag wird geschäftsordnungsmäßig behandelt werden. — In die Schuldeputation für die Bezirke 1 bis 6 wurde Genosse Horsch gewählt.

„Bauhüttenarbeit.“ Gemeinnütziger Wohnungsbau gegen Privatkapital.

Die Bauhüttenbewegung kann in diesem Jahre auf eine achtjährige Tätigkeit zurückblicken. In diesen Jahren hat sich die Bewegung durchgesetzt, hat einen Teil ihres Aufgabengebietes bereits erfüllt. Die Gewerkschaften wollten mit den Bauhütten die Lebenshaltung der Arbeiter heben, und zwar sollten diese Betriebe auf dem Baumarkt preisregulierend wirken. Da, wo heute Bauhüttenbetriebe bestehen, müssen die Privatunternehmer mit dieser neuen Wirtschaftsmacht sehr ernst rechnen. Mit ihr soll die Herbeiführung einer von den Gewerkschaften kontrollierten Gemeinwirtschaft im Baugewerbe erreicht werden. Mit ihr soll endlich einmal der Wohnungsnot energisch zu Leibe gegangen werden. Aufgabe dieser Betriebe ist es, den Kleinwohnungsbau zu fördern. Der Arbeiter ist heute nicht mehr in der Lage, die Riefäge, die für den bescheidensten Wohnraum vom Privatkapital gefordert werden, zu bezahlen. Durch Ausschaltung der Unternehmergewinne, Benützung von Krediten, die aus gemeinwirtschaftlichen Instituten kommen und billiger sind, vor allem durch wirtschaftliche Betriebsführung soll die Miete im Neubau erschwinglich gestaltet werden. Der Weg der Bauhütten war steinig. Sie wurden aufs heftigste von den Unternehmern des Baugewerbes bekämpft. Jahrelang sind sie boykottiert worden. Überall sah man sich einer geschlossenen Front des Privatbesitzes gegenüber. In einem reich illustrierten, ausgezeichnet geschriebenen Werk „Bauhüttenarbeit“ haben die Bauhütten der Arbeiterschaft ihren Rechenschaftsbericht vorgelegt und sich mit ihren Gegnern energisch und deutlich auseinandergesetzt.

3 Millionen Stammkapital.

Die Bauhüttenbetriebe sind 1920 zusammengeschlossen worden in dem Verband sozialer Baubetriebe, der mit einem Stammkapital von 3 Millionen Mark arbeitet. Hauptzweck der dem Verband angeschlossenen Betriebe ist die Erstellung von Kleinwohnungen und Siedlungen. Privatkapitalistischer Einfluß ist im Verband ausgeschlossen. Die Gesellschafter sind die deutschen Gewerkschaften. Sie besetzen den Aufsichtsrat, kontrollieren die Geschäftsführung. Die 128 angeschlossenen Betriebe haben meist die Form von Gesellschaften mit beschränkter Haftung. Von diesen 128 sind 111 Bauhauptbetriebe, deren Haupttätigkeit die schlüsselfertige Herstellung von Bauten ist. Die 27 selbständigen Bau Nebetriebe sind Malerei, Tischlerei, Töpfererei, Steinerei, Glasererei, Klempnerbetriebe. In allen dem Verband angeschlossenen Bauhütten wurden 1921 während der besten Beschäftigungszeit 20 045 und 1922 25 186 Arbeiter beschäftigt. Der Umsatz betrug 1921 41 045 370,37 M. und 1922 103 444 297,11 M. Das ist eine Umsatzsteigerung in sechs Jahren von über 150 Proz. In der gleichen Zeit ist das Eigenkapital mit Reserven und Reingewinnen von 3 678 475,23 M. auf 5 165 613,36 M. gestiegen. Das Stammkapital beträgt jetzt 3 767 070,43 M.

Der Boykott der Baustofflieferanten.

Mit allen möglichen Mitteln versuchte das Privatkapital die Entwicklung der sozialen Baubetriebe aufzuhalten. Die privaten Bauunternehmer zwangen die Baustofflieferanten, die Bauhüttenbetriebe durch ungünstige Lieferungsbedingungen zu schädigen. Um sich von derartigen Firmen unabhängig zu machen, wurden in einzelnen Bezirken Baustoffproduktionsbetriebe gegründet: 10 Ziegeleien, 5 Sägewerke, 5 Kiesgruben, 4 Zementwarenfabriken, 3 Steinbrüche, 3 Holzbearbeitungsfabriken und 1 Schiefergrube liefern heute den Bauhütten einen großen Teil der benötigten Baustoffmengen. Aber nicht nur die Baustofflieferanten, auch die übrige private Wirtschaft stellte sich gegen die

sozialen Baubetriebe. Mit Rundschreiben und Presseerklärungen versuchten sie immer wieder, die Bauhütten bei der Vergebung von Arbeiten auszuschalten. Die Verbände der Bauunternehmer gründeten einen Ausschuss, der selber zum Kampf gegen die Bauhütten sammelte und die Presse und Behörden aufregte.

Die Baut der Unternehmer gegen die Bauhütten wurde um so stärker, je größer diese wurden. Durch den Wettbewerb um die Aufträge der Behörden war die Ringbildung der Unternehmer empfindlich gestört. Die Konkurrenz drückt die Preise. Das empfinden die Bauunternehmer als sehr hinderlich. Sie verständigten sich untereinander. Nach außen mußten sie stets den Anschein zu erwecken, als stritten sie sich um den Auftrag. Wer ihn erhält, war aber längst ausgemacht. Wer sich bereit erklärte, den anderen Firmen etwas vom Reingewinn abzugeben, dessen Angebot wurde „geschützt“, d. h. niemand durfte ein billigeres Angebot abgeben. Diese Ringbildung ist heute geprengt, wenn die Bauhütte auch eine Offerte abgibt. Da die Abfindungen an die „Kollegen“ dem bauunternehmenden Unternehmer eine nette Summe kosten, ist er mit diesem Aufschlag nicht mehr konkurrenzfähig. Die Bauherren mußten sich, wollten sie mitkonkurrieren, entschließen wieder gut durchfallendere Offerten mit möglichst geringem Aufschlag auf die Selbstkosten abzugeben.

Erfolge der Bauhütten im Kampf gegen die Wohnungsnot

Die Statistiken über den Wohnungsbedarf haben ergeben, daß weit über 600 000 Wohnungen fehlen, um die größte Not zu lindern. Seit ihrem Bestehen haben die Bauhütten 50 800 Wohnungen erbaut. Jeder soziale Baubetrieb hat in der Zeit von 1920 bis 1926 über 300, jeder Privatbetrieb aber nur 4,21 Wohnungen erbaut. Die letzten Ziffern zeigen deutlich, daß bei derartigen Zersplitterung der größten Bauunternehmer ein rationelles Bauen unmöglich ist. Die Bauhütten waren die ersten Betriebe, die die größeren Aufgaben zuwandten. Sie haben eine ernsthafte Bekämpfung der Wohnungsnot nur durch Großbetriebe gegeben. Durch Konzentration der Kräfte hat heute der Verband sozialer Baubetriebe leistungsfähige Gesellschaften. Nach der gewerblichen Betriebszählung arbeiten durchschnittlich in jedem Privatbetrieb nur 6,5, bei den Bauhütten aber durchschnittlich 107 Arbeiter. In intensiver Arbeit hat der Verband seine Betriebe leistungsfähig gemacht. Heute hat er die modernsten Betriebe, die durch ihre wirtschaftliche Betriebsführung gut und billig bauen, die sich in ihre Leistungsfähigkeit mit den größten Privatbetrieben messen können.

Außer dem reichen Zahlen- und Tatsachenmaterial, das durch gute Bilderproduktionen bekräftigt wird, findet in dem Buch in photographischer Treue unzählige Anerkennungsschreiben veröffentlicht. Das Buch zeigt der Arbeiterschaft Wesen und Bedeutung der Bauhüttenbewegung und vermittelt dem Gegner ein Bild von der Kraft und Stärke dieses neuen festgefügteten Zweiges der Gemeinwirtschaft.

Bejucht die Eheberatungsstelle Köpenick.

Die Wichtigkeit einer ärztlichen Untersuchung und Beratung vor der Eheschließung wird leider immer noch verkannt. Häufig hängt von der Untersuchung das Glück der Ehe und nicht selten das des ganzen Lebens ab. Zur Erleichterung der Aufklärung in allen Fragen, die die Ehe betreffen, findet in den täglichen Sprechstunden des Stadtarztes von 8 bis 10 Uhr im Zimmer 23 des Rathauses Köpenick unentgeltlich eine Eheberatung statt. Außerdem werden in nächster Zeit über die Eheberatungsstelle verschiedene Vorträge gehalten werden, deren Besuch dringend empfohlen wird.

Für kaltes, nasses Wetter: warme Schuhe, Überziehschuhe, doppelsehlige Stiefel

P. Leiser



